

**KLEINE
ZEITUNG**

SONNTAG

11. März 2018

DER „ANSCHLUSS“



März 1938: Die Massen jubeln,
als Adolf Hitler auf dem Wiener
Heldenplatz das Ende der
Republik Österreich verkündet.

DER
„ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK

**Stichwort:
Der „Anschluss“**

Der Begriff „Anschluss“ wurde von den Nationalsozialisten als Ziel geprägt. Daher empfehlen Historiker, das Wort bei Verwendung im Zusammenhang mit den Vorgängen im März 1938 unter Anführungszeichen zu setzen, um nicht in die Terminologie der Nationalsozialisten zu verfallen.



Die Stunde des Kajetan Mühlmann

Am Abend des 11. März 1938 beginnen die Nazis in Österreich zu übernehmen. Einer von ihnen ist der Salzburger Kajetan Mühlmann, der des Führers großer Kunsträuber wird.

Von Christian Weniger

Gott schütze Österreich.“ Mit diesem Wunsch beendet Bundeskanzler Kurt Schuschnigg am 11. März wenige Minuten vor 20 Uhr seine Radioansprache, mit der er seinen Rücktritt bekannt gibt. Die Ansprache wird aus dem Eckzimmer des Kanzleramtes übertragen, aus jenem Raum, in dem Schuschniggs Vorgänger Engelbert Dollfuß am 25. Juli 1934 von den Nationalsozialisten bei ihrem misslungenen Putsch ermordet worden war. Der fromme Wunsch des scheidenden Kanzlers wird nicht erhört. Als ob ein Schnellkochtopf explodiert und seinen ganzen Inhalt mit aller Wucht ausspeit, gebärden sich jetzt die Nationalsozialisten, die auf die Straßen und Plätze strömten, alte Parteigenossen und neue, vereint im Taumel des Sieges.

Der Schriftsteller Carl Zuckmayer beschrieb diese Nacht auf den 12. März in seinen Erinnerungen „Als wär's ein Stück von mir“ so: „An diesem Abend brach die Hölle los. Die Unterwelt hatte ihre Pforten aufgetan und ihre niedrigsten, scheußlichsten, unreinsten Geister losgelassen. Die Luft war von einem unablässig gelenden, wüsten, hysterischen Gekreische erfüllt, aus Männer- und Weiberkehlen, das tage- und nächtelang weiter schrillte. Und alle Menschen verloren ihr Gesicht, glichen einer verzerrten Fratze: die einen in Angst, die andren in Lüge, die andren in wildem, hassefühltem Triumph. Es war ein Hexensabbat des Pöbels und ein Begräbnis aller menschlichen Würde.“

Das ist auch die Stunde eines gewissen Kajetan Mühlmann.

Einem aus Salzburg stammenden Kunsthistoriker, der schon früh zur Familie Hermann Görings, des späteren Reichsmarschalls, Kontakte knüpfte. Die Behörden des österreichischen Ständestaates sehen diesen Mühlmann 1935 in Diensten der verbotenen Nazi-Partei und auf den Sturz der Regierung hinarbeitend. Bei einem Prozess wird er aber freigesprochen.

Im Februar 1938 taucht Mühlmann wieder auf. Auf dem Obersalzberg, bei Adolf

14. März 1938: Wien



in Erwartung des Nazi-Diktators Adolf Hitler

PICTUREDESK (4)

Hitler. Am 12. Februar, als Schuschnigg auf dem Berghof des Obersalzberges vom deutschen Diktator gedemütigt wird, ist der kunstsinnige Salzburger zur Stelle. Als eine Art Vertrauensmann Hitlers, der ihn über die Verlässlichkeit von Arthur Seyß-Inquart, der künftig in der österreichischen Regierung als Sicherheitsminister die braunen Interessen vertreten soll, befragt. Mühlmann ist mit Seyß-Inquart befreundet. Der gebürtige Salzburger befindet sich am 11. März in Wien in

der Zentrale der Nationalsozialisten, wo die führenden Nazis geschäftig den Umsturz und späteren Anschluss Österreichs an Hitlers Reich vorbereiten.

Noch ohne irgendeine staatliche Funktion zu haben, verhaftet Mühlmann in der Nacht von 11. auf 12. März den Diplomaten Theodor Hornbostel, der als Mitarbeiter im Außenministerium Stunden zuvor telefonisch versucht hat, Hilfe in London, Paris und Rom gegen den bevorstehenden deutschen Einmarsch zu bekommen.



Die Karriere eines österreichischen Nazis: Kajetan Mühlmann, der offizielle Kunsträuber der Nazis (links und auch im Bild oben links)

Nach der Ernennung von Seyß-Inquart zum Bundeskanzler erhält auch Mühlmann endlich seinen Lohn: Der nun offiziell ranghohe SS-Mann wird zum Staatssekretär für Kultur bestellt. Damit startet seine Karriere als Kunsträuber für das Naziregime. Nach Wien übersiedelt die „Dienststelle Mühlmann“ nach Polen und in die Niederlande. Er beschlagnahmt mit seiner Bande öffentliche Kunstschatze und raubt Juden ihren Besitz.

Mit Ende des Krieges wird der Nazi Mühlmann, „im Rang eines Generals“, wie er gerne protzte, von den Amerikanern zwar interniert, er kann jedoch entweichen und lebt ungestört am Starnberger See, macht Aussagen über den einen oder anderen Kriegsverbrecher. Er sei nie ein illegaler Nazi gewesen, sondern erst am 1. April 1938 der Partei beigetreten, gibt der vormalige SS-Oberführer zu Protokoll. Mühlmann bleibt von der Justiz unbehelligt. Seinen Unterhalt finanziert er angeblich mit dem Verkauf geraubter Kunstgegenstände, die er beiseiteschaffen konnte. Des Führers beamteter Kunsträuber stirbt am 2. August 1958 in München an Krebs und wird in Salzburg begraben.

DIE AUTOREN



FUCHS

Helmut Konrad,

1993 bis 1997 Rektor der Universität Graz, Professor für Zeitgeschichte. Konrad kuratiert den Gedenkschwerpunkt der Kleinen Zeitung.



Gerald Lamprecht,

Historiker, Centrum für Jüdische Studien an der Karl-Franzens-Universität Graz. Lamprecht leitet auch das „erinnern.at“-Netzwerk in Graz.



Stefan Karner,

Historiker, Gründer des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, langjähriger Leiter des Instituts für Wirtschaft-, Sozial- und Unternehmensgeschichte an der Uni Graz.



Peter Ruggenthaler,

Historiker, stellvertretender Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung.

Zwischen allen Fronten

Die dramatischen Ereignisse im Jahr 1938 zeigen sowohl auf menschlicher als auch politischer Ebene die Ambivalenz, die typisch für die Geschichte unseres Landes ist.

Von Helmut Konrad

Meine Mutter war noch nicht einmal 14 Jahre alt, als sie sich Anfang April 1938 von Köflach auf den Weg machte, um in Graz Adolf Hitler zu sehen und ihm zuzujubeln. Gemeinsam mit ihrer Cousine stand sie am Straßenrand, als der „Führer“ vorbeifuhr. Statt laut zu jubeln, brachte meine Mutter vor Ergriffenheit keinen Ton heraus, sie war tief bewegt. Ihr Vater war als alter Sozialdemokrat im Kohlerevier entlassen worden, auch er setzte nunmehr seine Hoffnungen auf die neue Zeit.

DER
„ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK



Kurt Schuschnigg suchte den Weg nach vorne – und scheiterte

PICTUREDESK

Mein Vater hingegen, fast zehn Jahre älter als meine Mutter, hatte als lediges Kind einer Magd in Preitenegg soziale Ausgrenzung erfahren, vor allem durch die Kirche. Deutsch-nationale Bildungsbürger aus der Bezirksstadt Wolfsberg ermöglichten ihm den Besuch der Bürgerschule und schließlich der Lehrerbildungsanstalt. In diesem Milieu war die Mitgliedschaft im Turnerbund selbstverständlich. Sein Bund erwarb den Sablatnigsee im slowenischsprachigen Gebiet Kärntens, nannte ihn fortan Turnersee und errichtete dort ein Ferienlager zur körperlichen Erächtigung und zur nationalen Schulung. Der Weg hin zum Nationalsozialismus war vorgezeichnet.

Familiengeschichten wie diese gibt es in Massen. Aber es gibt auch die alternativen Biographien, jene des Widerstands, der Verfolgung, der Vertreibung und der Vernichtung. Mein Umgang ist seit vielen Jahren stärker mit Menschen mit diesen Familiengeschichten abgelaufen, die Ambivalenz der eigenen Familiengeschichte war aber immer da, oft durchaus schmerzhaft.

Diese Ambivalenz ist typisch für die Geschichte unseres Landes in den Tagen der dramatischen Veränderung im Jahr 1938. Nach 1945 war man froh, dass Österreich als „erstes Opfer“ nationalsozialistischer Aggression galt. Man konnte die Verantwortung abschieben und die moralischen oder ökonomischen Konsequenzen aus den Verbrechen der Jahre vor 1945 getrost nach Deutschland auslagern. Wir waren ja 1938 erobert und 1945 wieder befreit worden. Dass dies zumindest nur eine Teilwahrheit ist, wurde der breiten Öffentlichkeit spätestens in der sogenannten „Waldheim-Affäre“ im Wahlkampf um das Präsidentenamt im Jahr 1986 bewusst.

Tatsächlich war das Streben nach einer Vereinigung mit Deutschland Teil der österreichi-

chischen Geschichte mindestens seit 1848. Selbst die Sozialdemokraten hatten den Anschluss in ihrem Parteiprogramm und strichen diesen Passus erst nach der Machtübernahme Hitlers aus der Liste ihrer politischen Ziele. Hitler selbst hatte erst 1932 die deutsche Staatsbürgerschaft erlangt. Bis 1925 besaß er einen österreichischen Pass. Für ihn war die Eingliederung Österreichs stets ein politisches Ziel, allerdings hatte er Rücksicht auf Italien zu nehmen, und Benito Mussolini sah sich anfangs als Protektor des österreichischen Ständestaates. Als aber Italien

im Abessinienkrieg, der 1935 begonnen hatte, jede internationale Reputation verloren hatte, was zu einer Annäherung von Italien und Deutschland führte, hatte Österreich seine Schutzmacht verloren und musste eigenständig versuchen, die Unabhängigkeit von Deutschland zu bewahren.

Man sah sich selbst als „besserer deutscher Staat“ mit längeren Traditionen und überlegenen Kulturleistungen, aber machtpolitisch, militärisch und ökonomisch war man gegenüber dem großen Nachbarn nicht konkurrenzfähig. Und der Druck Deutschlands war durch

die 1000 Mark-Sperre vor allem wirtschaftlich groß geworden. Deutschland verlangte ab dem Verbot der Nationalsozialistischen Partei in Österreich von jedem deutschen Bürger beim Grenzübertritt nach Österreich 1000 Reichsmark, was den österreichischen Fremdenverkehr praktisch an den Rand des Abgrunds brachte. Aber nicht nur der Fremdenverkehr litt, sondern auch an den österreichischen Universitäten brachen die deutschen Studierenden weg.

Eine Lösung erhoffte man

Fortsetzung auf Seite 6



Adolf Hitler gab am 11. März 1938 die Weisung für den Einmarsch

PICTUREDESK

Zwischen allen Fronten

Fortsetzung von Seite 5

sich durch das Juliabkommen von 1936, das am 11. Juli zwischen Österreich und Deutschland geschlossen wurde. Deutschland anerkannte darin die volle Souveränität Österreichs, hob die 1000-Mark-Sperre auf und gab die Zusicherung, sich nicht in die Innenpolitik des Nachbarn einzumischen. Österreich hingegen gab das Bekenntnis ab, ein deutscher Staat zu sein, und erklärte sich bereit, zwei Vertrauensleute der Nationalsozialisten in die Regierung aufzunehmen. So ernannte Bundespräsident Wilhelm Miklas auf Vorschlag von Kanzler Kurt Schuschnigg Guido Schmidt als Staatssekretär im Außenministerium und Edmund Glaise-Horstenau zum Minister ohne Geschäftsbereich. Die NSDAP blieb verboten, aber sie begann, die Beamten und die Exekutive zu unterwandern und im halböffentlichen Bereich immer auffälliger zu agieren. Arthur Seyß-Inquart wurde in den Staatsrat aufgenommen, und 1937 öffnete sich die Vaterländische Front für die Nationalsozialisten.

Vergeblich bemühte sich Schuschnigg, eine Garantieerklärung für Österreichs Existenz von den Briten zu erlangen. Die Position Österreichs war isoliert, und alleine konnte man dem Druck aus dem Nachbarland schwer standhalten, zumal es nicht verborgen blieb, dass ein guter Teil der österreichischen Bevölkerung mit Hitler sympathisierte. Und Schuschnigg hatte wohl keine Mehrheit der Bevölkerung hinter seiner Politik. In dieser Situation stimmte er einem Tref-

fen mit Hitler am 12. Februar 1938 auf dem Berghof zu. Dort sah er sich von seinem Gastgeber gedemütigt und in dieser Position gezwungen, das „Berchtesgadener Abkommen“ zu unterschreiben, das die völlige Agitationsfreiheit und die Wiederherstellung der Legalität für die österreichischen Nationalsozialisten sowie die Einbindung führender Nationalsozialisten auf wichtigen Regierungsposten vorsah.

Schuschnigg suchte den alleinigen Weg nach vorne. „Bis in den Tod: Rot-Weiß-Rot!“,

sprach er emotional am 24. Februar aus. Und am 9. März kündigte er für den 13. März eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs an, dessen Fragestellung lauten sollte, ob man „für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, ein christliches und einiges Österreich“ sei oder nicht. Die Linke zog mit, druckte Zehntausende Flugblätter für ein Ja und verteilte sie vor den Betrieben. Es war den Nationalsozialisten klar, dass diese Öffnung nach links zu einem Ja bei der Ab-



Hitler überschreitet in seiner Geburtsstadt Braunau die Grenze



Der Einmarsch wurde später als „Blumenfeldzug“ bezeichnet



DER
„ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK



stimmung führen würde. Dem wollte man zuvorkommen. Unter großem Druck zwang man Schuschnigg am Nachmittag des 11. März dazu, die Volksabstimmung abzusagen und zurückzutreten. Seyß-Inquart sollte Kanzler werden. Mit einem „Gott schütze Österreich“ verabschiedete sich der alte Kanzler und beschwor gleichzeitig, dass kein „deutsches Blut“ vergossen werden sollte.

Am 11. März hatte Hitler die Weisung für den Einmarsch gegeben, und am 12. März überschritten vorerst 65.000 Mann die österreichische Grenze. Sie stießen auf keinen Widerstand, sahen vielmehr jubelnde Menschen am Straßenrand. Hitler überschritt am 12. März 1938 bei Braunau die Grenze, um ein paar Stunden später vom Balkon des Linzer Rathauses aus seine erste große Rede auf österreichischem Boden zu halten. Schon am 13. März wurde das Gesetz über die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ (man beachte das „Wieder-“) beschlossen. Österreich hatte aufgehört, als selbstständiger Staat zu existieren.

Österreich war also tatsächlich Opfer eines Drucks von außen, Opfer eines militärischen Aggressionsaktes und Opfer von Hitlers Strategie der Überwindung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages. Aber das ist nur eine Seite der Geschichte. Die Machtübernahme des Nationalsozialismus erfolgte auch von innen, durch

jenes Drittel der österreichischen Bevölkerung, das aus unterschiedlichsten Motiven seine Zukunftshoffnungen auf das nationalsozialistische Deutschland ausgerichtet hatte. Nun wollten aber sehr rasch viele schon lange Nationalsozialisten gewesen sein. So mancher Mensch, der vorne am Anzug das Abzeichen der Vaterländischen Front getragen hatte, hatte hinter dem Revers schon das Hakenkreuz stecken gehabt. Viele waren aber einfach Opportunisten, „Märzveilchen“, denen es darum ging,

sich mit neuen Machthabern zu arrangieren und von zu erwartenden Veränderungen zu profitieren. Und es gab neue Aufstiegsmöglichkeiten, die mit der Vertreibung nunmehr unliebsamer Menschen frei geworden waren.

Unrühmlich schritt die Karl-Franzens-Universität Graz voran. Schon fünf Tage nach dem 12. März beschloss der akademische Senat, ein Gesuch an Hitler zu stellen, die Schirmherrschaft über die Universität zu übernehmen und ihr zu gestatten, den Titel „Adolf Hitler Univer-

Auf dem
Balkon
des Linzer
Rathauses
PICTUREDESK



sität“ zu führen. Gleichzeitig sollte den Herren Dr. Alfons Gorbach und Dr. Karl Maria Stepan das Doktorat aberkannt werden. Rektor war damals Josef Dobretsberger, Sozialminister im Ständestaat und ein Mann, der sich um einen Ausgleich mit der Linken bemühte. Nach 1945 wiedergewählt, bekam er bald Probleme mit der ÖVP und mutierte zum Anhänger der KPÖ. Er trat nach der denkwürdigen Senatssitzung am 17. März 1938 zurück, sein Nachfolger Adolf Zauner setzte aber die Beschlüsse um. Täter, Mitläufer und Opfer, alle Menschentypen konnte man 1938 in Österreich finden. Überzeugte Anhänger des Nationalsozialismus, die sich von ihm eine Zukunftsperspektive erhofften, mischten sich mit Opportunisten, die auf Karrieren oder Bereicherung setzten.

Und auf der anderen Seite: Menschen, die durch die Nürnberger Gesetze, die nunmehr auch bei uns galten, ausgegrenzt und nicht nur materiell, sondern existenziell gefährdet waren. Darunter waren viele, die sich um Österreich große Verdienste erworben hatten, als tapfere Soldaten im Ersten Weltkrieg oder als herausragende Staatsbürger der Ersten Republik. Die meisten wollten nicht wahrhaben, wie wenig ihre Verdienste galten. Andere, darunter meine Eltern, glaubten 1938 an eine leuchtende Zukunft. Sie stimmten, wie fast alle, bei Hitlers Volksabstimmung mit Ja, und mein Vater zog wie Hunderttausende in den Krieg für sein vermeintliches neues Vaterland. Meine Mutter genoss die Aktivitäten und die Ferienaufenthalte beim BDM, und es sollte einige Jahre dauern, bis beide sehen konnten, was die Konsequenz ihrer Überzeugung letztlich gewesen war. Das war für sie, wie für viele andere, kein leichter, sondern ein schmerzhafter Lernprozess, den sie aber, und dafür sein ihnen gedankt, bewältigt haben.

DER „ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK

SCHUSCHNIGG: Ich möchte zunächst danken, Herr Reichskanzler, dass Sie mir Gelegenheit zu dieser Aussprache gegeben haben; ich versichere vor allem, dass es uns mit dem Abkommen vom Juli 1936 sehr ernst ist. [...] Wir haben jedenfalls alles dazu getan, um zu beweisen, dass wir dem Sinn und Wortlaut des Abkommens gemäß eine deutsche Politik zu führen entschlossen sind.

HITLER: So, das nennen Sie eine deutsche Politik, Herr Schuschnigg? Sie haben im Gegenteil alles dazu getan, um eine deutsche Politik zu vermeiden. [...] Übrigens hat Österreich nie etwas getan, was dem Deutschen Reich genützt hat. Seine ganze Geschichte ist ein ununterbrochener Volksverrat. Das war früher nicht anders wie heute. Aber dieser geschichtliche Widersinn muss endlich sein längst fälliges Ende finden. Und das sage ich Ihnen, Herr Schuschnigg: Ich bin fest dazu entschlossen, mit dem allem ein Ende zu machen. [...]

SCHUSCHNIGG: Ich kenne Ihre Auffassung über die österreichische Frage und österreichische Geschichte, Herr Reichskanzler; aber Sie werden verstehen, dass ich hier grundlegend anderer Meinung bin. Für Österreich ist die ganze eigene Geschichte ein sehr wesentliches und wertvolles Stück deutscher Geschichte gewesen, das sich aus dem gesamtdeutschen Bilde nicht wegdenken lässt. Und die österreichische nationale Leistung ist sehr beträchtlich.

HITLER: Gleich null! Das kann ich Ihnen sagen. Von Österreich aus bekam jede nationale Regung seit je nur Prügel zwischen die Füße; das war ja auch die Haupttätigkeit der Habsburger und der katholischen Kirche.

SCHUSCHNIGG: Trotzdem ist manch österreichische Leis-

tung aus dem gesamtdeutschen Kulturbild unmöglich wegzudenken. Ich denke da z. B. unter anderem an Beethoven. [...]

HITLER: So? Der ist in meinen Augen ein Niederdeutscher gewesen!

SCHUSCHNIGG: Ein Wahlösterreicher, wie mancher anderer.

Es fällt auch niemandem ein, etwa Metternich als Rheinländer zu betrachten.

HITLER: Ich kann Ihnen nur nochmals sagen, dass es so nicht weitergeht. Ich habe einen geschichtlichen Auftrag, den werde ich erfüllen, weil mich die Vorsehung dazu bestimmt hat. Ich bin felsenfest



Kanzler Schuschnigg kündigt am Abend des 9. März in Innsbruck

„Dann sollen Sie etwas erleben“

Bundeskanzler Kurt Schuschnigg reiste am 12. Februar 1938 zu einem Gespräch mit Reichskanzler Adolf Hitler auf den Obersalzberg. Schuschnigg verfasste danach ein Gedächtnisprotokoll über die Unterredung, hier die dramatischen Passagen daraus.



die Abhaltung einer Volksabstimmung über Österreich an

PICTUREDESK (2)

davon durchdrungen und glaube daran. Ich bin gottesgläubig und religiös, wenn auch nicht in einem kirchlich gebundenen Sinne. [...] Schauen Sie sich in Deutschland um, Herr Schuschnigg, Sie werden nur einen Willen finden. Ich bin den schwersten Weg gegangen, den je ein Deutscher gehen musste; ich habe in der deutschen Geschichte das Größte geleistet, was je einem Deutschen zu leisten bestimmt war. Und zwar nicht mit Gewalt. Ich bin getragen von der Liebe meines Volkes. [...]

SCHUSCHNIGG: Das glaube ich Ihnen ja gerne, Herr Reichskanzler!

HITLER: Ich könnte mit dem gleichen und noch mit viel mehr Recht mich als Österreicher bezeichnen als Sie, Herr Schuschnigg! Versuchen Sie es doch einmal und machen Sie eine freie Volksabstimmung in Österreich, in der Sie und ich gegeneinander kandidieren; dann werden Sie sehen!

SCHUSCHNIGG: Ja wenn das

möglich wäre! Aber Sie wissen selbst, Herr Reichskanzler, dass es eben nicht möglich ist. Ich sehe die Dinge anders. Wir müssen nun einmal nebeneinander leben; der Kleine neben dem Großen. Wir haben gar keine andere Wahl. Darum bitte ich Sie, die konkreten Beschwerden mir zu sagen. Wir werden alles dazu tun, um Abhilfe zu schaffen [...].

HITLER: Das sagen Sie, Herr Schuschnigg. Ich sage Ihnen, ich werde die ganze sogenannte österreichische Frage lösen, und zwar so oder so! [...] Ich brauche nur einen Befehl zu geben, und über Nacht ist der ganze lächerliche Spuk an der Grenze zerstoßen. Sie werden doch nicht glauben, dass Sie mich auch nur eine halbe Stunde aufhalten können? Wer weiß – vielleicht bin ich über Nacht auf einmal in Wien; wie der Frühlingssturm! Dann sollen Sie etwas erleben!

Aus dem Buch „Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot“ von Kurt Schuschnigg

KURT SCHUSCHNIGG

Das Scheitern eines Musterschülers

Der steile Aufstieg und tiefe Fall eines Karrieristen, der sich als „Kopie“ versuchte.

Man kann Kurt Schuschnigg von der Absicht freisprechen, jemals das zu werden, wozu ihn die Umstände nahezu vier Jahre lang machten – zum Diktator von Österreich. Hätte Dollfuß weitergelebt, so wäre Schuschnigg sein kühler, beherrscher und tüchtiger Mitarbeiter geblieben.“ Schon mit diesen zwei Sätzen charakterisierte George Eric Rowe Gedy, britischer Journalist und Autor in seinem 1939 erschienenen Buch „Die Bastionen fielen“, den österreichischen Bundeskanzler, der 1938 vor dem Druck Nazi-Deutschlands kapitulierte. Gedy lebte als Korrespondent für englischsprachige Zeitungen seit 1925 in Wien, erlebte als scharfer Beobachter Bürgerkrieg und Nazi-Putsch 1934 wie auch den „Anschluss“ 1938.

Wie ein Musterschüler schaut dieser Kurt Schuschnigg aus, als er am 29. Juli 1934 Bundeskanzler in der Nachfolge des ermordeten Dollfuß wird. Er ist 37 Jahre alt. Schuschnigg, einer Offiziersfamilie aus Welschtirol entstammend, prägte immer schon das Prädikat „der Jüngste“ – als er mit 27 Abgeordneter im Nationalrat wird, als er 1932 im Alter von 32 Jahren das Amt des Justizminis-

ters übernimmt, ein Jahr später auch das Unterrichtsministerium in der Regierung Dollfuß.

Schuschnigg ist ein Verfechter des diktatorischen Systems, setzt auf Härte. Als Justizminister sorgt er für die Wiedereinführung der Todesstrafe. Dem Druck des Nationalsozialismus versucht er nicht durch einen Schulterchluss mit den verbotenen Sozialdemokraten zu entkommen, sondern er eifert Hitler nach. Schuschnigg lässt sich als „Frontführer“ titulieren, er lässt Aufmärsche inszenieren, seine Reden werden laut, münden in Brüllen, selbst die Handbewegungen des Bundeskanzlers ähneln jenen des Reichskanzlers. Schuschnigg will ein Österreich als zweiten, besseren deutschen Staat. Er kann nur verlieren.

Nach 1938 nehmen ihn die Nazis fest, er wird mit seinen Angehörigen in Konzentrationslagern interniert. Nach 1945 wandert er mit seiner Familie in die USA aus, wird dort Professor für Staatsrecht. 1968 kommt er nach Österreich zurück, eher unbeachtet, und stirbt am 18. November 1977 in Mutters in Tirol. Die Gnade der tiefen Einsicht erreichte den einstigen Jesuitenschüler bis zu seinem Ende nicht.



Kurt Schuschnigg mit Frau und Tochter 1947

Als die Finsternis über Österreich hereinbrach

Vom Treffen Kurt Schuschniggs mit Adolf Hitler auf dem Obersalzberg bis zum Vollzug des „Anschlusses“ an das Dritte Reich: die geraffte Chronologie des Untergangs der Ersten Republik.

DER
„ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK

12. Februar: „Berchtesgadener Abkommen“: Bundeskanzler Kurt Schuschnigg lässt sich vom deutschen Botschafter, Franz von Papen, unter dem Vorwand einer Aussprache zu einem Treffen mit dem deutschen Reichskanzler und Nazi-Führer Adolf Hitler auf den Berghof in Berchtesgaden locken. Unter Androhung eines Einmarsches stimmt Schuschnigg der Einsetzung von Arthur Seyß-Inquart als Innenminister bzw. Sicherheitsminister sowie einer Amnestie für Nationalsozialisten und deren legaler Betätigung in der Vaterländischen Front zu.

20. Februar: Erstmals wird eine Rede Hitlers vollständig im österreichischen Rundfunk übertragen. Mit keinem Wort erwähnt der Diktator, wie er beim Treffen auf dem Obersalzberg Schuschnigg abkanzelte, vielmehr lügt er: „Ich möchte an dieser Stelle vor dem deutschen Volk dem österreichischen Bundeskanzler meinen aufrichtigen Dank aussprechen für das große Verständnis und die warmherzige Bereitwilligkeit, mit der er meine Einladung annahm und sich bemühte, gemeinsam mit mir einen Weg zu finden, der ebenso sehr im Interesse beider Länder wie im Interesse

des gesamten deutschen Volkes liegt ... Ich glaube, dass wir damit auch einen Beitrag zum europäischen Frieden geleistet haben.“

24. Februar: Schuschnigg hält im historischen Reichsratssaal des Parlaments eine vom Rundfunk und auf öffentliche Plätze übertragene aufsehenerregende Rede vor dem Bundestag, in der er die Unabhängigkeit Österreichs bekräftigt: „Wir bekennen uns feierlich vor aller Welt zu unserem Vaterland ... Bis in den Tod rot-weiß-rot! Österreich!“

7. März: Der österreichische Militärattaché in Rom, Oberst Emil Liebitzky, informiert den italienischen „Duce“ Benito Mussolini, der bisher als Schirmherr der Unabhängigkeit Österreichs galt, dass Kanzler Schuschnigg übermorgen in Innsbruck die Anberaumung einer Volksabstimmung über ein freies Österreich ankündigen werde.

8. März: Guido Zernatto, Minister in der Regierung Schuschnigg und Generalsekretär der Vaterländischen Front, diktiert seiner Sekretärin die Bedingungen, unter denen die Volksabstimmung am Sonntag, dem 13. März, statt-



Propaganda in Wien für die

finden soll. Die Sekretärin ist allerdings eine Nationalsozialistin und informiert sofort ihre Parteigenossen.

9. März: Schuschnigg fährt um 8.10 Uhr von Wien nach Innsbruck ab und kündigt dort in seiner Rede bei einer Veranstaltung der Vaterländischen Front vor sogenannten Amtswaltern die Abhaltung der Volksbefragung über die Selbstständigkeit Österreichs an. Seyß-Inquart lehnt diese kategorisch ab. Hitler schickt Wilhelm Keppler, Staatssekretär und „Beauftragter des Führers für wirtschaftliche Fragen“, nach Wien.

10. März: Der nach Berlin zurückgeflogene Keppler berich-



Volksabstimmung nur wenige Stunden vor Rücktritt des Kanzlers

tet „Wien gleiche einem Hexenkessel“. Ab den Morgenstunden ist die deutsche Grenze gesperrt, NS-Kundgebungen in zahlreichen Städten, Demonstrationen in Wien, am Abend erteilt Hitler die Weisung, die 8. Armee zu mobilisieren.

11. März, 2 Uhr: Nach weiteren Unruhen erteilt Hitler die Weisung Nr. 1 für den Einmarsch in Österreich, das „Unternehmen Otto“, 1937 geplant als militärisches Eingreifen für den Fall, dass Otto Habsburg, der älteste Sohn des letzten Kaisers Karl I., versuchen sollte, den österreichischen Thron zu besteigen.

11. März, zwischen 3 und 4 Uhr nachts: Im Wiener Außenministerium trifft ein Telegramm

des österreichischen Generalkonsuls in München, Ludwig Jordan, ein, mit zwei Worten: „Leo reisebereit!“ Ein Codewort für den Fall, dass Jordan von einem unmittelbar bevorstehenden Einmarsch deutscher Truppen in Österreich erfährt. Die deutsche Grenze in Salzburg ist hermetisch abgeriegelt, der Zugverkehr unterbrochen.

11. März, Mittag: Seyß-Inquart und Edmund Glaise-Horstenau überreichen Schuschnigg Hitlers Ultimatum zur Verschiebung der Volksbefragung.

11. März, 13 Uhr: Unterzeichnung der Weisung Hitlers für den Einmarsch, „wenn andere

Fortsetzung auf Seite 12

IM POKER UM DEN „ANSCHLUSS“



Wilhelm Miklas, Bundespräsident: Der frühere Direktor eines Gymnasiums wird 1907 christlich-sozialer Abgeordneter im Reichsrat. Er stimmt 1918 gegen den Anschluss Österreichs an Deutschland, wird 1928 Bundespräsident und bleibt es bis 13. März 1938. Die Nazis verfolgen ihn nicht. Er stirbt 1956.



Arthur Seyß-Inquart, Sicherheitsminister, dann für wenige Tage Bundeskanzler. Der Anwalt muss 1938 auf Druck Hitlers von Schuschnigg in die Regierung genommen werden. Seyß-Inquart wird 1940 Reichskommissar für die besetzten Niederlande. Beim Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg zum Tod verurteilt.



Wilhelm Keppler, Wirtschaftsexperte der deutschen Nationalsozialisten im Rang eines Staatssekretärs, wird als Kontaktmann Hitlers rund um den „Anschluss“ nach Wien entsandt. Er schaltet danach die österreichische Wirtschaft gleich. 1949 zu zehn Jahren Haft verurteilt, 1951 vorzeitig begnadigt. Er stirbt 1960.



Hermann Göring, zweiter Mann im Hitler-Reich: Zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ als Oberbefehlshaber der Luftwaffe noch Generalfeldmarschall, wird der Multifunktionsnär noch Reichsmarschall. Bei jedem Verbrechen der Nazis hat er seine Finger im Spiel. Als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt, verübt er in der Zelle Selbstmord.

Als die Finsternis über Österreich hereinbrach

Fortsetzung von Seite 11

Mittel nicht zum Ziele führen“. Von der Berliner Reichskanzlei aus macht Hermann Göring, zweiter Mann im Nazi-Reich, per Telefon Druck auf Seyß-Inquart, er möge auf den Rücktritt Schuschniggs drängen. Wieder wird Staatssekretär Keppler nach Wien geschickt.

11. März, Nachmittag: Nach Androhung des Einmarsches erklärt sich Schuschnigg bereit, die Volksbefragung abzusagen, lehnt aber einen Rücktritt ab.

11. März, 15.30 Uhr: Nach weiteren Verhandlungen bietet Schuschnigg seinen Rücktritt an, Bundespräsident Wilhelm Miklas akzeptiert, weigert sich aber, Seyß-Inquart zum Kanzler zu ernennen.

11. März, 19.47 Uhr: Schuschnigg hält seine Abschiedsrede im Rundfunk, er endet mit „So verabschiede ich mich in dieser Stunde von dem österreichischen Volke mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch: Gott schütze Österreich.“ Das Straßenbild in Wien und den großen österreichischen Städten ändert sich innerhalb von Minuten dramatisch. Die Nationalsozialisten beherrschen bald die Lage. Tumultartig beginnt die Jagd auf Gegner, die Züge und Straßen Richtung Grenzen sind bald überfüllt.

11. März, am späten Abend: In Wien angekommen, koordiniert Keppler in Absprachen mit Göring und Seyß-Inquart die Machtübernahme. Göring fordert, Seyß-Inquart solle den halsstarrigen Bundespräsident



Tage des Triumphs der Nazis im März 1938: In Innsbruck erwartet

Miklas absetzen. Göring kündigt an, dass er den Befehl zum Einmarsch der deutschen Truppen gibt, wer Widerstand leiste, ver falle dem Standrecht.

11. März, 21.45 Uhr: Keppler lässt Göring ausrichten, dass Seyß-Inquart mit dem Einmarsch einverstanden sei.

11. März, gegen Mitternacht: Miklas ernennt Seyß-Inquart zum Bundeskanzler und lobt auch sein Kabinett an, eine Hakenkreuzfahne wird auf dem Rathaus aufgezogen.

12. März, Früh: Im Morgen grauen landen deutsche Maschinen in Aspern, Passagiere sind unter anderem Heinrich Himmler und weitere hochrangige SS-Leute.

12. März, 5.30 Uhr: Deutsche Truppen überschreiten die österreichische Grenze bei Passau und Schär ding, wenig später folgt eine Panzerdivision.

Sie werden von der Bevölkerung mit Blumen begrüßt.

12. März, Vormittag: Während die erste Verhaftungswelle läuft, macht sich Hitler über Braunau und Linz auf den Weg nach Wien. Es wird ein Triumphzug. In Wien kommt es in der Folge zu „Reibpartien“, bei denen vor allem jüdische Passanten gezwungen werden, auf die Straßen gemalte Pro-Österreich-Parolen zu entfernen.

13. März: Das Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich wird ausgearbeitet, Bundespräsident Miklas tritt zurück, nachdem er seine Unterschrift für das „Anschlussgesetz“ verweigert hat, Seyß-Inquart proklamiert das Gesetz vom Balkon des Bundeskanzleramts und gibt den Termin für die Volksabstimmung bekannt.

14. März: Hitler trifft in Wien

DER
„ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK



man den Besuch des „Führers“ Adolf Hitler

PICTUREDESK (9)

ein und hält vom Balkon des Hotels Imperial eine Ansprache. Für den 10. April wird eine „Volksabstimmung über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ angeordnet.

15. März: Hitler hält vor rund 250.000 Zuschauern seine Rede am Heldenplatz und verkündet den „Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich“, systematische „Säuberungen“ von Heer und Beamtentum beginnen, Politiker und Personen öffentlichen Lebens werden verhaftet.

16. März: Unter den vielen, die in diesen Tagen Selbstmord begehen, befindet sich auch der Kulturhistoriker, Schriftsteller und Schauspieler Egon Friedell, der aus dem Fenster springt, als sich die SA Zutritt zu seiner Wohnung verschafft.

18. März: In einer feierlichen Erklärung fordern Kardinal

Innitzer und die anderen österreichischen Bischöfe die katholischen Gläubigen auf, sich bei der angeordneten Volksabstimmung „als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen“. Auch der ehemalige Staatskanzler Karl Renner, ein prominenter Sozialdemokrat, bekundet laut, mit Ja stimmen zu wollen.

1. April: Erster Österreicher-Transport in das Konzentrationslager Dachau. In der 150-Personen-Gruppe befinden sich die nachmaligen Bundeskanzler Leopold Figl und Alfons Gorbach, Fritz Bock (später Handelsminister und Vizekanzler), Franz Olah (später ÖGB-Chef und Innenminister).

10. April: 99,7 Prozent der Österreicher stimmen bei der durch die NS-Propaganda vorbereiteten Volksabstimmung für den „Anschluss“, in Deutschland stimmten 99,01 Prozent zu.

IM POKER UM DEN „ANSCHLUSS“



Heinrich Himmler, Reichsführer der SS: Der erste hochrangige Nazi, der nach Österreich reist. Umgehend nimmt der Herr des Nazi-Sicherheitsapparates die Verfolgung politischer Gegner in Österreich auf. Himmler setzt den Massenmord an den Juden Europas um. 1945 von den Briten gefasst, verübt er Selbstmord.



Edmund Glaise-Horstenau, Minister, Vizekanzler, General, Militärgeschichtler, Offizier. Schuschnigg holte ihn 1934 als Verbindungsmann zu den Nationalen als Minister in die Regierung. Wandte sich den Nazis zu, wurde Vizekanzler unter Seyß-Inquart. Nach Kriegsbeginn General, beging 1946 in der Haft Selbstmord.



Franz von Papen, Ex-Vizekanzler, ab 1934 deutscher Botschafter in Wien: Glaubt 1933 Hitler zähmen zu können und ebnet ihm den Weg zur Kanzlerschaft. Kurz darauf muss er froh sein, mit dem Leben davongekommen zu sein, dient trotzdem als Botschafter weiter. Wurde im Kriegsverbrecherprozess freigesprochen.



Guido Zernatto, Minister und Generalsekretär der Vaterländischen Front: Der Schriftsteller engagiert sich bei der Heimwehr, wird Staatssekretär im Kanzleramt, parteifreier Minister und Generalsekretär der Vaterländischen Front. Flieht nach dem „Anschluss“ über Ungarn nach Frankreich, dann in die USA, wo er 1943 stirbt.

„In der Realität hätte der Bockerer nicht überlebt“

Schauspieler Karl Merkatz, 87, hat den widerständigen, schwejkhaften Karl Bockerer verkörpert und damit eine Kultfigur geschaffen. Er selbst hat den „Anschluss“ und die Kriegsjahre als Kind in Wiener Neustadt miterlebt.

Von Bernd Melichar

Wir sitzen hier in Ihrem wunderschönen Bauernhaus in der Nähe des Irrsees nahe Salzburg.

Das Haus wird erstmals im Jahr 1680 erwähnt. Und 1883 wurde die Bahn gebaut. Der Kaiser hat damals gesagt, er will nach Bad Ischl fahren mit dem Zug. Hier in der Nähe, in Straßwalchen, wollte er aussteigen. Aber er stieg nicht aus, blieb nur am Fenster stehen, hat gewunken und ist wieder weitergefahren.

Der Kaiser starb 1916, die Erste Republik kam 1918, und 20 Jahre später kam der Schickelgruber, wie ihn der Bockerer gerne genannt hat, nach Österreich. Ich war damals acht Jahre alt und ein ziemlicher Lausbub.

Ihr Vater war Feuerwehrmann.

Das wird immer so gesagt, stimmt aber nicht ganz. Er war bei der freiwilligen Feuerwehr. Bei der Werksfeuerwehr. Er hat in den Raxwerken gearbeitet, also in den Flugzeugwerken und dort gab es natürlich eine Feuerwehr. Mein Vater war Metaldreher, Facharbeiter. Und die Mutter war Weberin. In den 30er-Jahren war der Vater arbeitslos, da ist er nach Kapfenberg gegangen, hat dort Arbeit gefunden. 1937 ist er wieder zurück nach Wiener Neustadt. Bis der Hitler kam, also 1938, war der Vater dann wieder arbeitslos. Und viele waren halt froh, dass er gekommen ist, der Hitler, weil er



Karl Merkatz im Alter von zehn Jahren

brachte ja auch Arbeit mit. Mein Vater bekam auch sofort welche. In Wiener Neustadt war der größte Flughafen in Europa. Die Russen haben diesen Flugplatz nach dem Krieg natürlich sofort adaptiert. Da habe ich auch so meine Erlebnisse gehabt.

Welche denn?

Mein Freund Rudl und ich sind einmal auf das Flugfeld hinaus und hineingestiegen in zwei Russenflugzeuge. Im Cockpit gab es so kleine Uhren – die haben wir rausgeschraubt. Also gestohlen in Wahrheit.

Jetzt sind wir ungefähr im

Jahr 1945. Ein gefährlicher Lausbubenstreich!

Ja, eh. Und natürlich wurden wir erwischt. Die Russen standen plötzlich mit den Puschkas vor uns. Wir wurden abgeführt zur Kommandantur, dort wild zusammengestaucht, aber wir haben eh nichts verstanden. Es ging glimpflich aus, wir wurden zum Holzschneiden verurteilt. Mich haben sie nach einer Stunde fortgelassen, aber der Rudl musste weiterarbeiten. Und er hatte so einen Durst und hat gerufen: „Wodka, Wodka.“ Und die Russen haben ihm tatsächlich Wodka gebracht. Er musste bis acht Uhr am Abend Holzschneiden und war, als er fertig war, total besoffen. Mit knapper Not hat er heimgefunden.

Wollen wir wieder zurück ins Jahr 1938 gehen?

Ja, gehen wir. Aber Sie müssen mich fragend leiten, denn ich verzettel mich in der Erinnerung oft und gehe dann leicht verloren.

Ihr Vater bekam also nach dem „Anschluss“ Arbeit. Welche politische Gesinnung hatte er?

Im Grunde war er neutral. Nein, nicht neutral, das stimmt nicht, denn er war seit 1914 Mitglied der Sozialistischen Partei. Und das ist er immer geblieben, ohne dass er es groß verkündet hat. Und nach dem Krieg hat er wieder die SPÖ gewählt – bis zu seinem letzten Tag. Ich komme also aus einer klassischen Arbeiterfamilie.

DER
„ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK

Zur Person

Karl Merkatz, geboren am 17. November 1930 in Wiener Neustadt. In den 70er-Jahren wurde er in der Rolle des Edmund Sackbauer zur Kultfigur, ab 1981 drehte er unter der Regie von Franz Antel insgesamt vier Filme über den Wiener Fleischaushauer Karl Bockerer.

Karl Merkatz
vor seinem
Bauernhaus
am Irrsee in
Salzburg

MELICHAR, PRIVAT



Wie hat Ihre Familie die Zeit des „Anschlusses“ erlebt?

Natürlich haben die Menschen auf dem Heldenplatz und sonst wo „Heil Hitler“ gebrüllt. Österreich war ja am Sand – und den Menschen wurde versprochen, dass alles besser wird. Gleich am Tag nach dem „Anschluss“ hatte mein Vater Arbeit, und darüber war er froh. Und weil er Facharbeiter war, musste er auch nicht zum Militär. In Wiener Neustadt gab es ja viele Fabriken. Und da haben nicht nur 500 Menschen Arbeit bekommen – das waren Tausende.

Probleme mit den neuen Machthabern hatte Ihr Vater nicht?

Nein, hatte er nicht, obwohl er nie Mitglied der NSDAP war.

Und wie ist es Ihnen selbst ergangen?

Ich hatte kein große Wahl, zur Hitlerjugend musste jeder gehen. Zuerst war man ein Pimpf, dann ging es zur HJ. Aber ich war damals auch Ministrant, das war mir lieber. Das Exerzieren und Schießen bei der HJ, das mochte ich überhaupt nicht. Und dann diese grässlichen Uniformen. Wir waren nicht so begüttert, dass sich meine Eltern eine tadellose Uniform leisten konnten. Ich hatte so ein seltsames braunes Hemd, das mir meine Mutter zusammenge-

schneidert hat. Und die vielen Aufmärsche, die waren mir auch nicht sehr genehm. Einmal habe ich zu einem Fähnleinführer gesagt: „Ich mag nicht mehr kommen!“ Er hat geantwortet: „Du musst. Und wenn du nicht freiwillig kommst, holen wir dich.“ Und so war es dann auch. Einmal haben der Rudl und ich uns bei mir daheim unter der Küchenbank versteckt, da klopfte der Fähnleinführer plötzlich ans Fenster und brüllte: „Karl, wenn du nicht zum Heimabend kommst, stecken wir deinen Vater ins KZ.“ Das war natürlich schlimm. Denn der Rudl und ich ahnten, was ein KZ ist.

Warum wussten Sie das als Bubben? Viele Erwachsene haben ja damals gemeint, sie hätten keine Ahnung, was das sei.

Im Haus, wo wir gelebt haben, wohnte auch der Herr Eller. Der saß gerne vor dem Haus und hat einen gebechert. Und einmal hat er laut geschrien: „Der Hitler ist ein Arschloch!“ Kurze Zeit später wurde der Herr Eller verhaftet, ein halbes Jahr später bekam die Frau Eller einen Brief. Man müsse ihr leider mitteilen, dass ihr Mann im Arbeitslager bei einem Unfall ums Leben gekommen sei.

Fortsetzung auf Seite 16

„In der Realität hätte der Bockerer nicht überlebt.“

Fortsetzung von Seite 15

Diese Szene kommt doch auch im „Bockerer“ vor!

Sicher. Da konnte ich Jahrzehnte später Erlebnisse aus meiner Kindheit einfließen lassen. Im Film war es der Onkel Hermann, ein alter Sozi, der ins Lager kam und nie wieder zurück. Seine Witwe hätte für die Urne sogar die Transportkosten zahlen müssen.

Wie war die Stimmung und Situation in Ihrem Elternhaus während dieser Zeit?

Man hat nicht so viel nachgedacht. Man war damit beschäftigt zu leben. Aber beide, Mutter und Vater, gingen nie zur Partei. Mein Vater war aber deshalb kein Revolutionär. Was unbedingt notwendig war, das hat er mitgemacht, ansonsten hat er sich rausgehalten.

Angst muss ein ständiger Begleiter gewesen sein.

Ja, natürlich. Auch im Alltag war sie allgegenwärtig. Was durfte man tun, was nicht? Was durfte man sagen, was nicht? Und dann, später, die Bombenalarme. Wir sind immer in einen bestimmten Keller gegangen. Wo das Apollo-Kino war, da war früher ein Kloster – und die hatten einen tiefen, sicheren Keller. Unter der Paulskirche gab es auch einen Keller und in einem Teil davon ein Restaurant. Da hab ich auch so eine Buben-Erinnerung.

Erzählen Sie.

In diesem Restaurant saßen oft deutsche Soldaten mit ihren Mädchen und haben Bier ge-

trunken. Über dem Lokal waren zwei Fenster. Und einmal haben wir Buben durch diese Fenster auf die Tische runtergepinkelt. Der Kellner hat den Hund auf uns gehetzt, aber der hat uns nichts getan, weil wir ihn gut kannten. Aber dieser Keller hat später eine dramatische Rolle in meinem Leben gespielt. Nach einem Bombenalarm wollte meine Familie in diesen Keller flüchten, aber der war schon voll. Also sind wir rüber ins Apollo-Kino. Und an diesem Tag schlug genau in diesen Keller, wo wir ursprünglich hinwollten, eine Bombe ein. Es gab unzählige Tote.

Das Kino hat Ihnen also schon früh das Leben gerettet.

Wenn man das so will, ja.

Wie haben Sie als Kind die Zeit unmittelbar nach dem „Anschluss“ 1938 miterlebt?

Ich habe punktuelle Erinnerungen. Diese zum Beispiel: Meine Mutter ging in ein Wäschegeschäft am Hauptplatz, mich nahm sie mit. Als meine Mutter zahlen wollte, sagte die Besitzerin: „Frau Merkat, lassen S' gut sein, jetzt ist eh schon alles vorbei.“ Diese Frau, eine Jüdin, hat also genau gewusst, was auf sie zukommt. Dann erinnere ich mich noch an den 9. November 1938. Wir wohnten nicht weit von der Synagoge entfernt, plötzlich war eine Unruhe in der Stadt, überall Lärm. Autos fuhren zur Synagoge, Menschen mit Koffern und Hüten standen dort, haben geweint, wurden von den SA-Leuten in die Autos gestoßen und weggebracht. Ein Mann schlug den Davidstern von der



Synagoge. Und ich stand hinter einem Gitterzaun und habe alles beobachtet. Ich kannte ja viele dieser Menschen, bei einem Mann habe ich immer meine Schulhefte eingekauft. Dass diese Leute jüdisch waren und was das bedeutete, damit konnte ich damals als achtjähriger Bub nichts anfangen. Aber was ich wusste: Wenn die SA kommt, dann passiert etwas Schlimmes.

Wie ging es dann weiter?

Die Menschen wurden fortgebracht. Auch in meiner Klasse waren drei jüdische Kinder – und plötzlich waren sie nicht mehr da. Die Synagoge war zugemauert, im Garten wucherte

DER
„ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK



Szene aus dem ersten „Bockerer“-Film von Franz Antel
ORF

Es gab dann in der Folge noch drei „Bockerer“-Filme.

Ja, der Antel wollte einfach nicht aufhören.

Viele sagen, man hätte nach dem ersten „Bockerer“ aufhören sollen.

Der erste war sicher der beste.

Wie würden Sie diesen Karl Bockerer charakterisieren?

Er war weder ein Held noch ein Widerstandskämpfer. Er war ein einfacher, ehrlicher Mann. Er hat sich angeschaut, was sich da abspielt vor seinen Augen, und ist zum Schluss gekommen: Nein, nicht mit mir, da geh ich nicht mit. Er war ein Mensch, der den anderen nach seinem Menschsein beurteilt hat, egal ob katholisch oder jüdisch. Ihr Blatt, Herr Rosenblatt.

Aber für diese Ehrlichkeit musste man viel Mut haben.

In der Realität der damaligen Zeit hätte der Bockerer auch mit Mut nicht lange überlebt, weil die Gestapo ihn sehr schnell abgeholt hätte und zurückgekommen wäre er in einer Urne. „Ich hab eh den Sauschädl in der Auslage, wozu brauche ich ein Hitlerbild?“ Solche Aussagen wären in Wirklichkeit natürlich tödlich gewesen. Der Bockerer war ein guter Film mit schönen Gedanken. Aber der Vater dieser Gedanken war der Wunsch. Der Wunsch, dass es damals mehr solche Menschen wie den Bockerer gegeben hätte.

Den Herrn Karl, den archetypischen Wendehals in seiner österreichischen Ausprägung, hat es hingegen in großer Zahl gegeben.

Ich bekam diese Rolle seinerzeit auch angeboten, aber sie war mir um viele Nummern zu groß. Und besser als der Helmut Qualtinger hätte man den Herrn Karl ohnehin nicht spielen können.

Was hätte der Karl Bockerer mit seiner Gesinnung gebraucht, um in der Wirklichkeit zu überleben? Glück. Sehr viel Glück.

das Gras, aber mir ließ das Ganze keine Ruhe. Also habe ich mir Werkzeug vom Vater geschnappt, die Bretter weggerissen und bin hinein ins Gebäude. Und dort bin ich dann gestanden in der großen Halle. Alles menschenleer natürlich, nur unzählige Bücher auf dem Boden und ein kaputtes Radio. Es war gespenstisch. Dann überkam mich die Furcht, und ich bin rausgerannt ins Freie. Die Synagoge wurde übrigens später niedergerissen und ist nie mehr wiederaufgebaut worden. An dieser Stelle steht heute ein riesiges Gewerkschaftshaus.

Kommen wir zum Karl Bockerer, neben dem Edmund Sackbauer jene Paraderolle, mit der Sie österreichische Filmgeschichte geschrieben haben.

Ich bin froh, dass ich diese Rolle doch angenommen habe, denn ich konnte mich gut in diesen Mann hineinversetzen, weil ich ja miterlebt habe, was während dieser Zeit passiert ist. Und die Autoren des Theaterstückes dazu, Ulrich Becher und Peter Preses, wussten auch ganz genau, worüber sie da geschrieben haben, beide waren Juden. In ihrem Text drückte sich natürlich auch eine gewisse Hoffnung aus, die sich mit der Wirklichkeit nicht gedeckt hat.

Was meinen Sie damit?
Na ja, die Realität hat ja be-

kanntlich anders ausgeschaut, wie wir wissen. Viele Menschen wie den Karl Bockerer hat es nicht gegeben.

Sie haben zuerst das Bockerer-Stück am Wiener Volkstheater gespielt und wollten den Antel-Film ursprünglich gar nicht machen. Stimmt das so?

Ich muss vorausschicken: Der Herr Antel war ein absolut ehrenvoller Mann. Aber ich habe ihn natürlich mit anderen Filmen in Verbindung gebracht. Aber er hat zu mir gesagt: „Herr Merkatz, diese Lederhosenfilme habe ich doch nur gedreht, weil ich gut leben wollte.“ Diese Ehrlichkeit hat mir imponiert, also habe ich zugesagt.

Die Steiermark auf dem Weg zur „Volksgemeinschaft“

Zwischen Jubel und Horror: Während die einen Adolf Hitler huldigten, begann für die anderen der Terror, der sofort nach dem „Anschluss“ einsetzte.

Von Gerald Lamprecht

DER
„ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK

Der formal mit dem 12. März 1938 vollzogene „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland war kein punktuellere Ereignis. Er muss vielmehr als Prozess verstanden werden, der in den letzten Februar- und ersten Märztagen des Jahres 1938 begann und sich über das Jahr 1938 hinaus ausdehnte. Im Kern ging es darum, all jene, die nicht in das rassistische Weltbild der Nationalsozialisten passten, zu vertreiben oder zu ermorden und die steirische Gesellschaft schrittweise im Sinne der NS-Volksgemeinschaft umzubauen. Ein Vorgang, der mit den Begriffen Verfolgung, Terror, Teilhabe und Verlockung grob umrissen werden kann und sich in einzelnen Ereignissen des Jahres 1938 manifestierte.

Am Beginn stand die sogenannte „Volkserhebung“. Anfang des Jahres 1938 erhöhten in der Steiermark, seit Jahren eine Hochburg des Nationalsozialismus, lokale NS-Gruppierungen sukzessive den öffentlichen Druck und verstärkten ihre propagandistische Agitation auf der Straße. In öffentlichen Kundgebungen ebenso wie durch das Verteilen von Streu- und Flugzetteln demonstrierte man mit immer weniger Zurückhaltung Stärke gegenüber dem austrofaschistischen Staat und der Grazer



Bevölkerung. All das kulminierte nach dem Berchtesgadener Abkommen in einer weiteren Verschärfung der Lage.

Ab 19. Februar 1938, als die Ergebnisse von Berchtesgaden bekannt gegeben wurden, begannen in Graz und Leoben nationalsozialistische Massenkundgebungen, denen jene der Vaterländischen Front gegenüberstanden. Dabei wurde am 24. Februar am Grazer Rathaus die Hakenkreuzfahne gehisst und damit in gewisser Hinsicht die NS-Machtübernahme vorweggenommen. Anton Rintelen, ehemaliger christlichsozialer Landeshauptmann der Steiermark und von den Nationalsozialisten im Fall des Gelingens des Juli-Putsches von

1934 als Bundeskanzler vorgesehen, hielt dazu in seinen Erinnerungen fest: „In unbeschreiblicher Begeisterung entbot die unübersehbare Menge dem wehenden Banner den deutschen Gruß.“

Diese nationalsozialistischen Massendemonstrationen mit dem Höhepunkt der Fahnenhissung wurden in den darauffolgenden Monaten propagandistisch verarbeitet zur sogenannten „Volkserhebung“ überhöht. Ein Begriff, der sich in das kulturelle Gedächtnis der Steiermark eingepägt hat und mangels kritischer Hinterfragung das nationalsozialistische Selbstbild jener Tage bis in die Gegenwart fortleben



Die Propagandamaschine der Nationalsozialisten lief wie geschmiert: Jubel und Begeisterung für Adolf Hitler in Graz



Hochrangige Nationalsozialisten, darunter auch Hitler selbst, kamen Anfang April nach Graz. Es galt, die Macht mit Versprechungen für eine gute Zukunft zu sichern – und es funktionierte

PICTUREDESK (4)

und Armin Dadieu Landesstatthalter. Nach dem Rücktritt von Landeshauptmann Trummer übernahm der illegale Gauleiter der Steiermark, Sepp Helfrich, sein Amt, das er bis Mai innehaben sollte, ehe dann Sigfried Uiberreither von Adolf Hitler zum Gauleiter der Steiermark ernannt wurde. Noch am 12. März marschierte die deutsche Wehrmacht in Österreich ein, wobei die ersten deutschen Soldaten in der Steiermark mit dem Flugzeug in Graz-Thalerhof landeten.

Unmittelbar mit der Machtübernahme setzte auch der Terror ein. Tausende Menschen in der Steiermark wurden, nach vorgefertigten Listen, verhaftet und in „Schutzhäft“ genommen. Neben Juden, Kommunisten und Sozialisten waren es vor allem die ehemaligen Funktionäre des austrofaschistischen Ständestaates und jene, die für die Niederschlagung des Juli-Putsches 1934 verantwortlich waren, auf die man es in diesen Märztagen abgesehen hatte. Häufig waren persönliche Rachegeleüste von Nationalsozialisten Hintergrund für Verhaftungen und nicht selten brutale Misshandlungen, sodass sich der Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, Ende März 1938 dazu gezwungen sah, per Schreiben ein geordnetes und

lässt. Denn mit dem Bild der „Volkserhebung“ wird der gewaltsamen Machtübernahme durch eine Gruppe eine gewisse Legitimität zugeschrieben, wonach sich „das Volk“ zu Recht gegen ein Unrechtsregime erhoben hätte. Seinen Ausdruck findet diese nationalsozialistische Selbstsicht beispielsweise in den 1978 unkommentiert im Historischen Jahrbuch der Stadt Graz veröffentlichten Erinnerungen des nationalsozialistischen Gauhauptmannes und Universitätsprofessors Armin Dadieu. Dadieu, der als Gauwirtschaftsberater in den Raub jüdischen Eigentums ab dem März 1938 eingebunden war, erinnerte sich: „Es war die Zeit, als Schuschnigg vom

Obersalzberg zurückkam und wir in der Steiermark eine solche Welle der nationalen Begeisterung entfacht haben, dass wir etwa drei Wochen vor dem wirklichen Anschluss praktisch das Heft in der Hand hatten.“

Aus dem Terror der Nationalsozialisten auf der Straße wird „nationale Begeisterung“, und das Faktum, dass nur wenige Tage später, als am 12. März der „Anschluss“ real vollzogen wurde, sogleich politische Gegner und all jene, die dem rassistischen Welt- und Gesellschaftsbild nicht entsprachen, rücksichtslos verfolgt wurden, verschwindet. Ebenso unerwähnt bleibt, dass sowohl der austrofaschistische Ständestaat bis zuletzt um den Erhalt Österreichs

kämpfte und hierbei – viel zu spät – auch Unterstützung durch die seit 1934 illegalen freien Gewerkschaften sowie die verbotenen Arbeiterparteien (Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten) erhielt.

Am Abend des 11. März, als erneut im ganzen Land Massenkundgebungen stattfanden, kündigte schließlich Armin Dadieu den bevorstehenden „Anschluss“ an. Häuser wurden mit Hakenkreuzfahnen beflaggt, SA und SS hielten trotz Bundesheerpräsenz Kundgebungen ab, ehe dann in der Nacht auf den 12. März die Nationalsozialisten real die Macht übernahmen. Rechtsanwalt Julius Kaspar wurde Bürgermeister von Graz

Fortsetzung auf Seite 20

DER „ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK



Im Juli
1938
wurde
Graz der
Titel
„Stadt der
Volkser-
hebung“
verliehen

Die Steiermark auf dem Weg zur „Volksgemein- schaft“

Fortsetzung von Seite 19

einheitliches Vorgehen anzuordnen. Demnach sollte das Gros der Verhafteten vom März bis April wieder entlassen und lediglich führende Vertreter des Ständestaates sollten vor Gericht gestellt oder in das seit 1933 für zunächst politische Gegner errichtete Konzentrationslager Dachau überstellt werden. Am 2. April 1938 erreichte der erste Prominententransport mit 150 österreichischen Häftlingen Dachau. Darunter drei Personen aus der Steiermark: der ehemalige Sicherheitsdirektor für die Steiermark Oberst Franz Zelburg, der Landesführer der Vaterländischen Front Dr. Alfons Gorbach und der Sozialist Hermann Lackner.

Terror und Verlockung waren zwei Prinzipien nationalsozialistischer Herrschaft, die den Menschen bekannt waren. Schon seit Jahren hatten die Nationalsozialisten durch Terroranschläge die Gesellschaft in Atem gehalten und zugleich in ihrer Propaganda den Menschen in der Steiermark und Österreich für den Fall ihrer Unterstützung ein besseres Leben versprochen.

Es war daher auch nicht verwunderlich, dass dem öffentlichen Terror der ersten Tage, der von einem Sturz der Symbole begleitet war, Wochen des Werbens um die Zustimmung folgten. Denn es war nun an der Zeit, den vielen Ankündigungen rasch Taten folgen zu lassen, wobei es nicht bloß um das Einlösen von utopischen Versprechen ging, sondern vor allem stand das Werben um die Zustimmung der Menschen,



die Absicherung der noch durchaus prekären Macht im Vordergrund. Das wirkmächtigste Instrument dabei waren die Versprechungen der NS-„Volksgemeinschaft“. Seit dem Ersten Weltkrieg war die „Volksgemeinschaft“ in Deutschland und Österreich zu einem politisch schlagkräftigen Bild geworden.

Aus dem Erlebnis des Schützengrabens des Ersten Weltkrieges hervorgegangen, wurde die Gemeinschaft gegen die Gesellschaft in Stellung gebracht. In politischen Reden und zahlreichen propagandistischen Publikationen wurden der liberalen, kapitalistischen Gesellschaft, mit ihrem Prin-

zip von individueller Freiheit und Gleichheit alle krisenhaften Erscheinungen der Moderne untergeschoben: Arbeitslosigkeit, soziale Isolation, Parteienzwist, Aufhebung der traditionellen Geschlechterrollen, Emanzipation, Klassenkampf, allgemein gesellschaftliche Zerrüttung. Für all das seien die Gesellschaft und dahinterstehend das Judentum verantwortlich. Überwunden werden könne all das nur durch die Besinnung auf die Gemeinschaft, wie sie sich im Schützengraben bereits bewährt hatte. „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!“, „Ein Volk, ein



April 1938: Hitler bei seiner Ansprache in der Maschinenhalle der Weitzer Waggonfabrik



PICTUREDESK (4)

Reich, ein Führer“ waren die neuen Schlagwörter der Volksgemeinschaft. Gauleiter Sigfried Uiberreither brachte das Prinzip der „Volksgemeinschaft“ in einer Ansprache vor politischen Leitern Anfang Juli 1938 auf den Punkt: „Mit derselben Energie, mit der wir die Volksgenossen an uns heranziehen und zu einer Einheit verschmelzen werden, werden wir andererseits das Volksfremde

sein, für den Juden dagegen nie.“ „Volksgemeinschaft“ bedeutete, wie in den Nürnberger Rassengesetzen von 1935 in Gesetzesform gebracht, „rassische Gleichheit“, politische Unterordnung und Gehorsam. Wer sich dem anschloss, sollte belohnt werden. Wer nicht dazugehören konnte oder wollte, musste bedingungslos verfolgt, ausgeschlossen und letztlich ermordet werden. Dementspre-

chend richteten die Nationalsozialisten in den ersten Monaten ihrer Herrschaft das gesamte Augenmerk auf diese Prinzipien des Ein- und Ausschlusses. Im Vorfeld der „Volksabstimmung“ vom 10. April, von der politische Gegner ebenso wie Jüdinnen und Juden ausgeschlossen waren, wurde eine immense Propagandamaschinerie in Gang gesetzt.

Medienwirksam nahmen aufgrund der Wirtschaftskrise stillgelegte Industriebetriebe ihre Arbeit wieder auf, besuchten hochrangige Nationalsozialisten – Adolf Hitler kam am 3. April 1938 nach Graz, Hermann Göring war im März in Eisenerz – die Steiermark und verspra-

chen den Menschen eine bessere Zukunft und Arbeit. Die Nationalsozialisten organisierten Hilfslieferungen von Lebensmitteln aus Deutschland und führten öffentliche Ausspeisungen ebenso wie gemeinsame Essen am Grazer Hauptplatz, am sogenannten Eintopfsonntag, durch. Von den Februartagen 1938 an war die Inszenierung des Gemeinschaftserlebnisses zentrales Element nationalsozialistischer Herrschaftsetablierung und -sicherung. Vor allem die Bilder der Feiern zur Verleihung des nationalsozialistischen Ehrentitels „Stadt der Volkserhebung“ an Graz, vom 25. Juli 1938, konnten sich nachhaltig in das Gedächtnis der Stadt Graz und der Steiermark einschreiben.

Es sind jene Bilder der vom Grazer Künstler und Mitglied der Grazer Sezession, Hans Reichenfelder, gemeinsam mit dem Architekten Hans Zisser im Juli perfekt inszenierten Feiern anlässlich der Totengedenkfeier für die steirischen „Blutzeugen der Bewegung“, die beim Putschversuch 1934 ums Leben gekommen sind, die maßgeblich bis in die Gegenwart das Bildgedächtnis des Jahres 1938 in der Steiermark prägen. Bilder von Menschen in Uniform, in Reih und Glied, eingehüllt in ein Meer aus Hakenkreuzfahnen, die die brutale Realität nationalsozialistischer Herrschaft verdecken. Die Verfolgung und Ermordung politischer Opposition und all jener, die nicht Teil der „Volksgemeinschaft“ sein konnten oder wollten, hat hierin keinen Platz. Ebenso wenig zeigen diese Bilder die bereitwillige Beteiligung der Menschen am Nationalsozialismus. Denn NS-„Volksgemeinschaft“ war stets auch das Versprechen auf Konsum („Kraft durch Freude“-Fahrten, Volkswagen und Volksempfänger), dem viele Menschen bereitwillig folgten und die dafür die Verfolgung und Ermordung ebenso wie einen Krieg mit Millionen Toten in Kauf nahmen.

DER „ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE REPUBLIK

Zur Person

Kurt Jungwirth wurde am 3. September 1929 in Graz geboren. Er studierte Romanistik und war Lehrer bis 1970, als er Kulturlandesrat (ÖVP) wurde bis 1985. 1985 bis 1991 Landeshauptmann-Stellvertreter. Er rief die styriarte ins Leben, war von 1976 bis 2006 Präsident des steirischen herbsts. Von 1971 bis 2017 Präsident des Österreichischen Schachbundes. Zahlreiche weitere Funktionen.

Kurt Jungwirth erinnert sich noch gut an den „Anschluss“. Er war damals acht Jahre alt

JÜRGEN FUCHS



„Wo ist der **Kurt**? – Der Kurt ist furt!“

Der spätere Politiker Kurt Jungwirth erlebte als Achtjähriger mit wachen Augen den „Anschluss“ Österreichs ans Deutsche Reich in Graz. Sprechchöre betrafen ihn vermeintlich selbst.

Von Norbert Swoboda

Viele Zeitzeugen gibt es nicht mehr, die jene Schicksalstage vor 80 Jahren in Österreich bewusst miterlebt haben. Einer jener Beobachter ist Kurt Jungwirth, Jahrgang 1929 und damals gerade Schüler in der dritten Klasse Volksschule.

Jungwirth lebte mit seiner Mutter, die sich mit Nähen durchbringen musste, und seinem um neun Jahre älteren Bruder (er sollte später im Krieg fallen) in der Nähe des Sturm-Platzes in Graz. Sein Vater war wenige Monate vor seiner Geburt an Pneumonie verstorben. Sport (Fußball, Leichtathletik) war zwar die Hauptleidenschaft des Achtjährigen, aber im dreistöckigen Zinshaus konnte er auch Gespräche über Politik verfolgen: „Die Parteien in unserem Haus waren sehr gemischt. Jakomini war zwar ein Arbeiterbezirk, aber es gab auch einen Nachbarn, der war eindeutig auf der Hitler-Seite“, erinnert sich Jungwirth.

In der katholischen Privatschule der Schulbrüder in der Hans-Sachs-Gasse, in die er damals ging, bekam er hingegen von der Politik wenig mit; das war dort kein Thema. Allerdings wurde die Schule unmittelbar nach dem „Anschluss“ von den Nazis sofort geschlossen und Jungwirth fand sich plötzlich als Schüler in der Münzgrabenstraße wieder.

Allerdings fielen ihm am Schulweg die „vielen jungen Menschen auf, die keine Arbeit hatten und oft demonstrierten“.

Auch im eigenen Wohnhaus wurde in den letzten Tagen Österreichs viel am Gang diskutiert. „Ich war nur Zuhörer, habe aber deutlich gemerkt, dass die Erwachsenen sehr aufgeregt waren.“

Bestimmendes Element jener Zeit waren die Arbeitslosigkeit und Armut. „Ständig kamen Bettler in die Häuser und gingen von Wohnung zu Wohnung. Auch wir hatten Münzen an der Garderobe liegen, die für Bettler reserviert waren.“ Vor Augen hat er heute noch einen Blinden, der ein altes Grammophon mitschleppte, es am Hof aufstellte, und der dann „gehofft hat, dass die Armen dem Armen helfen“.

Die Kriege in China (Japan griff das Festland an) und in Spanien „habe ich eher wie ein Sportmatch erlebt, das war weit weg für uns“. Doch im Februar 1938 wurde klar, dass einschneidende Änderungen bevorstanden. An die Abschiedsrede von Kurt Schuschnigg kann sich Jungwirth noch sehr gut erinnern; er verfolgte sie bei Nachbarn, die ein besseres Radio hatten. „Dieses Ehepaar hat sichtlich aufge-

atmet. Jetzt wird es besser, war die Meinung.“ Auch sein Bruder dachte so, und für die Mutter, die ständig um eine winzige Witwenpension kämpfen musste, wurden die Zeiten zunächst auch deutlich besser.

Aber es gab für den Achtjährigen auch verstörende Momente in jenen Tagen. Als nach dem Anschluss große Fackelzüge den Grazer Ring herabmarschierten, war er mit seiner Mutter als Zuseher dabei. Der kleine Kurt verlor die Fassung, als er skandieren hörte: „Wo ist der Kurt? Der Kurt ist furt! Wo gehört er hin? In die Wurschtmaschine!“ – Gemeint war natürlich der Bundeskanzler Kurt Schuschnigg.

Jungwirth weiß noch, dass sich herumsprach, dass der damalige Landeshauptmann Karl Maria Stepan nun in Dachau im KZ sei. „Aber das war ein politisches Lager, und so etwas kannten wir ja alles schon, das war nichts Neues.“ Was sich in den KZ wirklich abspielte, erfuhr man erst viel später.

Jungwirth bekam mit, dass jener Hausarzt, der oft Hausbesuche gemacht hatte, plötzlich verschwunden war. „Jemand

hat dann erwähnt, dass er Jude gewesen war. Aber was mit ihm passiert war, wusste niemand. War er ausgewandert? Oder verhaftet worden?“ Doch all das wurde überlagert von der weitverbreiteten Ansicht: „Das alte System hat abgewirtschaftet, in Deutschland gibt es Arbeit.“

Mehrere Lehren hat Jungwirth aus den Märztagen 1938 für sich gezogen: „Mir hat sich eingepägt, wie rasch sich die Masse mobilisieren lässt.“ Über Nacht wäre alles mit Hakenkreuz-Fahnen beflaggt gewesen. Die Not, die fehlenden Arbeitsplätze und Perspektiven hätten die Menschen zu den Rattenfängern getrieben. Jungwirth konnte sich später mit der Ansicht Bruno Kreiskys, hohe Schulden seien ihm lieber als hohe Arbeitslosenzahlen, durchaus anfreunden. „Vor dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit wachsen dann auch Sündenbocktheorien und die Angst vor dem Fremden.“

Jungwirth ist fest davon überzeugt, dass man in der Friedensbildung nicht nachlassen dürfe. Internationale Austauschprogramme, die EU als Friedenskonzept und die Entwicklung der Menschenrechte sind für ihn wichtige Meilensteine der letzten Jahrzehnte.

Sein Resümee: „Man sagt zwar, die Geschichte sei die Lehrmeisterin der Völker. Aber das stimmt leider nicht. Die Geschichte beginnt mit jedem Kind neu, dass auf die Welt kommt.“

DER „ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE REPUBLIK

Buchtipps

In Kooperation zwischen Parlamentsdirektion und Residenz-Verlag sind im vergangenen Oktober die gesammelten Reportagen aus dem Reichstag von Mark Twain erschienen.

Mark Twain: Reportagen aus dem Reichsrat. Residenz-Verlag, 25 Euro.



Als Mark Twain, der bis heute immer noch gern gelesene Autor der Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn, im Auftrag von „Harper's New Monthly Magazine“ 1897 nach Wien reiste, konnte er am 28. Oktober einer denkwürdigen, tumultartigen Sitzung im Reichsrat beiwohnen, bei der zwischen den Abgeordneten die Fäuste flogen, weil der deutschnationalen Abgeordnete Otto Lechner aus Brünn mit einer zwölfstündigen Dauerrede die Rücknahme der Badenschen Sprachenverordnung erzwingen wollte. Twain staunte: Eine parlamentarische Versammlung, in der sich gebildete (Twain machte sich über die akademische Titelsucht in der Habsburgermonarchie lustig) Herren trafen, benahm sich so außerordentlich rüpelhaft und erzwang letztlich das Eingreifen der Ordnungshüter, um ärgeres Blutvergießen zu verhindern. Und er versuchte eine Erklärung: „Das Abgeordnetenhaus hat 425 Mitglieder, die aus 19 oder 20 bereits erwähnten Kronländern stammen. Diese Männer repräsentieren Völker, die elf verschiedene Sprachen sprechen. Das bedeutet elf unterschiedliche Spielarten von Eifersüchteleien, Feindseligkeiten und widerstreitenden Interessen ... Die Volksvertretung ist in viele verschiedene Parteien zersplittert: die Klerikalen, die Fortschrittlichen, die Deutsch-Nationalen, die Sozialdemokraten, die Christlichsozialen und noch einige mehr.“

Mark Twain hielt das in der damals modernen Welt für einen Anachronismus. Er war damit nicht allein. Schon im Revolutionsjahr 1848 hatte Friedrich Engels voller Hohn zur Donaumonarchie folgende Beschreibung gefunden: „Die buntscheckige zusammengeerbte und zusammengestohlene österreichische Monarchie, dieser organisierte Wirrwarr von zehn Sprachen und Natio-

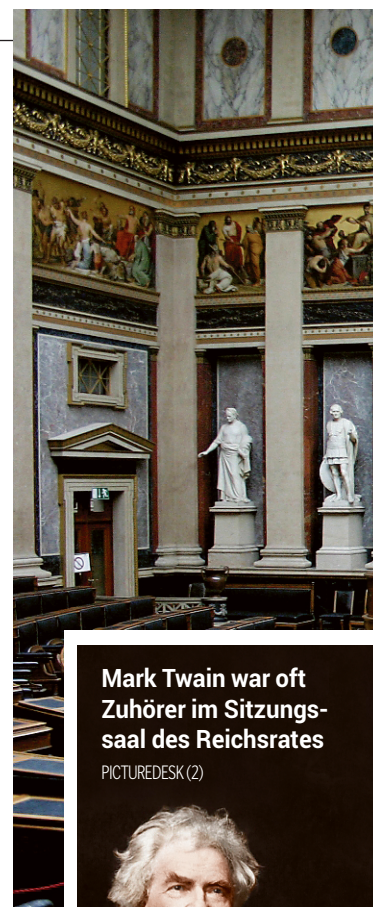
nen, dieses planlose Kompositum der widersprechendsten Sitten und Gesetze, fängt endlich an, auseinanderzufallen.“ Das hatte Engels ein halbes Jahrhundert vor den Reportagen von Mark Twain geschrieben. Die Monarchie hatte standgehalten, aber die Problematik der inneren Widersprüche war nicht gelöst. Diese lagen in der Sicht der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts darin, dass „nationale Flächenstaaten“, in der Bedeutung von größtmöglicher territorialer Ausdehnung bei optimierter Einheitlichkeit der Sprache als Voraussetzung für Modernisierung galten. Also: möglichst keine Binnengrenzen und keine Verständigungsprobleme in einem möglichst großen Territorium. Nationalismus als jene Ideologie, die den jeweils eigenen (territorialen) Anspruch gegenüber möglichen Konkurrenten zu begründen versuchte, war daher die Ideologie der Stunde.

Der Nationalismus, historisch für den Großteil der österreichischen Bevölkerung gleichbedeutend mit dem Deutschnationalismus, gehört zu jenen Ideologien, die in der Geschichte einen ambivalenten Charakter aufwiesen, das heißt, dass der Nationalismus einerseits sowohl als emanzipatorische Bewegung begriffen werden konnte – als er andererseits auch totalitäre Herrschaftsformen nicht nur begünstigte, sondern sogar deren Anspruch auf Herrschaft begründete. Bis hin zur großen Depression in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwog die emanzipatorische Komponente des Nationalismus.

„Nation“ war bis dahin ein vielschichtiger Begriff. Er bezeichnete in erster Linie die Herkunft. Er umfasste gemeinsam erlebte oder erlittene Geschichte, wie etwa in der Schweiz, ohne sprachliche oder religiöse Festlegung, er erklärte also Zugehörigkeit zu

einem Gemeinwesen. Erst die Nationalisten, speziell in der Situation, wie sie im Habsburgerreich herrschte, engten „Nation“ auf „Sprachnation“ ein und entwickelten das Wort zum Kampfbegriff.

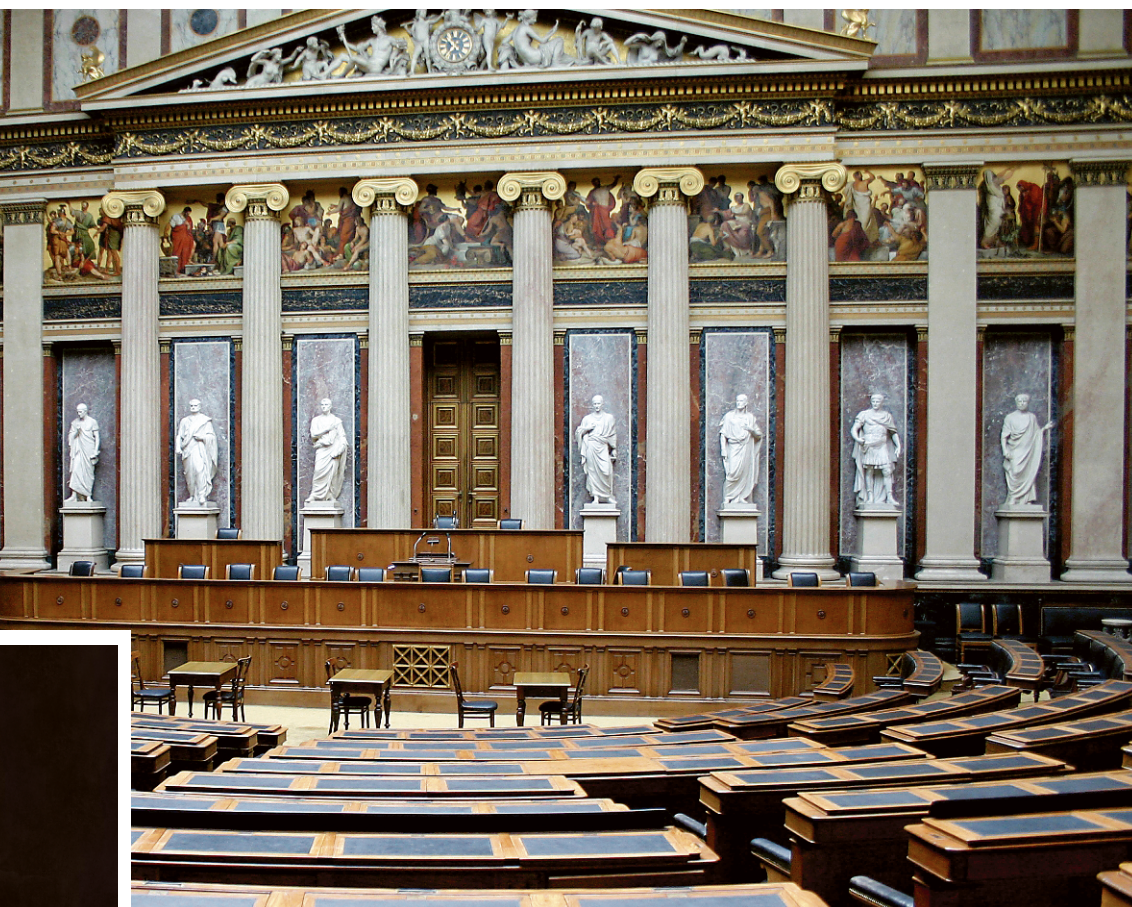
Große Staaten, wie Frankreich, die „große Nation“, aber auch England, konnten eine dominante Sprache über die vielen minoritären Sprachen legen und so Staatsgrenze und Sprachgrenze praktisch deckungsgleich verstehen, was allerdings bis zur Gegenwart nicht ohne Konflikte und Widerstände blieb. Die Habsbur-



Mark Twain war oft Zuhörer im Sitzungssaal des Reichsrates

PICTUREDESK (2)





Die Sprengkraft des Nationalismus

Die Vielfalt, die zum Nachteil erklärt wurde:
wie die Sprache schon im Habsburgerreich
zum Kampffeld der Nationalisten wurde.

Von Helmut Konrad

germonarchie hatte aber keine wirklich dominante Sprache. Weniger als 25 Prozent der Bevölkerung nannten um 1900 Deutsch als die von ihnen gebrauchte Umgangssprache. Dass Sprache ein zentraler Faktor bei der Festlegung einer Nationszugehörigkeit ist, das ist unbestritten.

Aber Sprache ist voluntaristisch, man ändert seine Umgangssprache manchmal und passt sich, wegen leichterer Kommunikation oder aber wegen ökonomischer Erwartungen einer dominanten Sprache an. Diese Veränderbarkeit machte Sprache vor gut 130 Jah-

ren zum Kampffeld. Dies besonders deshalb, weil Sprachen (und damit Nationalitäten) in der Habsburgermonarchie stark hierarchisiert waren. Der unglückselige Begriff der „geschichtslosen Nationen“, den Friedrich Engels geprägt hatte, machte manche Sprache und deren Sprecher nur zu leicht zur inferioren Minorität.

Ausgrenzung und soziale Deklassierung waren die Bedrohungen, die die Minoritäten zur Übernahme der dominanten Sprache bewegen sollten. Nur kannte die Habsburgermonarchie eine solche dominante

Sprache nicht. Es waren die Bildungsbürger, die in diesem Sprachenstreit das große Wort führten. Daher war es wichtig, welche Sprache an den Universitäten des Landes gesprochen wurde, was also die jeweilige Unterrichtssprache war. Die Monarchie kannte nur drei Universitäten mit ausschließlich deutscher Unterrichtssprache, nämlich Prag, Wien und Graz.

In Innsbruck gab es auch italienische Vorlesungen, in Czernowitz wurde neben Deutsch auch in Rumänisch und Ruthenisch unterrichtet. Ungarisch war die Unterrichtssprache in Budapest und in Klausenburg,

Polnisch in Krakau und Lemberg. Kroatisch war die Sprache an der Universität in Agram. Die Herausbildung einer eigenen bildungsbürgerlichen Schicht war also nur in den genannten Sprachen möglich, und in ihnen wurde auch der Sprachnationalismus in einer Form entwickelt, dass er die kleinen Minoritäten schlucken und untereinander einen erbitterten Kampf um Einfluss und Anerkennung führen lassen konnte.

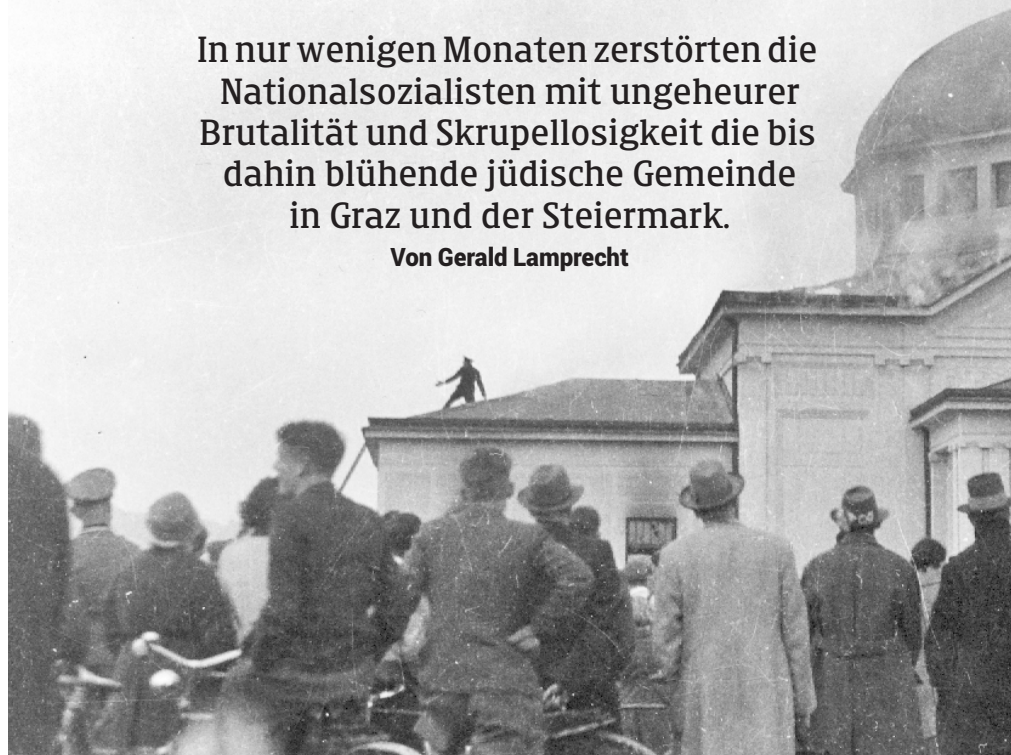
Die nationale Gemengelage in der Habsburgermonarchie war aber Schwäche und Stärke zugleich. Schwäche, weil sich die jeweiligen nationalen Eliten politisch wechselseitig blockierten; Stärke, weil gerade aus dieser Vielfalt die kulturellen und wissenschaftlichen Höchstleistungen entstanden, die zu den Nobelpreisen, zu „Wien um 1900“, und zum Entstehen der bahnbrechenden Analysen zur nationalen Frage, die das ganze 20. Jahrhundert die Fachdiskussion dominierten, führten. Eine dramatische Verschärfung hatte die nationale Frage aber vor allem durch die Übernahme biologistischer und sozialdarwinistischer pseudowissenschaftlicher Argumente erfahren. Dadurch rückte der Antisemitismus in die nationale Diskussion ein.

Das Toleranzpatent von Joseph II. ermöglichte die Zuwanderung von Juden aus Böhmen, Mähren, Galizien oder der Bukowina nach Wien. Und nach dem Staatsgrundgesetz konnten sie als Ärzte, Anwälte oder im Bankwesen arbeiten und sich im Pressewesen, den Künsten und der Literatur entfalten. Auf deren Leistungen baute der Ruf Wiens als kultureller Metropole ganz wesentlich auf. Als Reaktion, von Neid gesteuert, entwickelte sich ein ökonomischer Antisemitismus, der auf alten religiösen Vorurteilen aufsetzte. Die Verbindung mit der rassischen Argumentation schuf schließlich den Nährboden, der den Antisemitismus „völkisch“ werden ließ.

„Der **Jud** muss weg, sein Gerstl bleibt da!“

In nur wenigen Monaten zerstörten die
Nationalsozialisten mit ungeheurer
Brutalität und Skrupellosigkeit die bis
dahin blühende jüdische Gemeinde
in Graz und der Steiermark.

Von Gerald Lamprecht



DER
„ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK

Als ich am Samstag gegen halb zehn Uhr vormittags in den Tempel ging, erkannte ich die Stadt nicht mehr. Von jedem Hause flatterten die Hakenkreuzfahnen, ja jedes Fenster war bespickt mit Hakenkreuzfähnchen und ich fragte mich und frage mich noch heute, wie konnte man in so kurzer Zeit so viele Fahnen anfertigen? Es ist nur so zu erklären, dass bereits seit Langem das alles vorbereitet gewesen ist. Es ist darum töricht zu sagen, Österreich sei überrumpelt worden. In Wirklichkeit war der größte Teil nicht um ein Jota besser, als die Reichsdeutschen. Was aber das Interessanteste an der ganzen Sache ist, dass die meisten Hitler darum so begeistert aufnahmen, weil er antisemitisch gewesen ist und weil man dachte, es ist wieder eine ‚Gaudi‘, den Juden

etwas auszuwischen. Im Gottes Hause war eine furchtbar gedrückte Stimmung. Im großen Tempel waren in der Nacht die meisten der wunderbaren, von bedeutenden Künstlern geschaffenen Fenster, wahre Perlen der Künste, mit mehreren kiloschweren Steinen eingeworfen worden. Es war gefährlich geworden, dort zu beten. Denn jeder Halunke, der vorbeikam, holte sich von einem Steinhaufen, den man, wie ich jetzt weiß, schon einige Tage vorher vor den Tempel schaffte, nicht um die Straße auszubessern, sondern um die Tempelfenster einzuschlagen und das Beten dort unmöglich zu machen, einen Stein.“

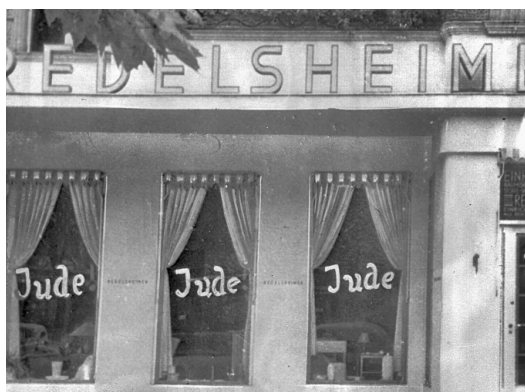
Der Grazer Rabbiner David Herzog schrieb seine Erfahrungen des „Anschluss“ im englischen Exil, wohin er 1939

nach Monaten der Demütigung und Qualen fliehen konnte, nieder. Er schuf damit das wohl eindrücklichste Dokument über die Zerstörung der Grazer jüdischen Gemeinde durch lokale Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten. Diese zerstörten in nur wenigen Monaten zwischen März 1938 und Sommer 1939 mit Brutalität, Skrupel- und ungeheurer Rücksichtslosigkeit die bis dahin blühende jüdische Gemeinde. Angetrieben von einem tief in den Köpfen und Herzen verwurzelten Antisemitismus, von Habgier und Niedertracht wurden die jüdischen Steirerinnen und Steirer vollständig beraubt und aus ihrer Heimat vertrieben.

Die Nationalsozialisten setzten damit in kurzer Zeit einen Schlusspunkt unter die moderne jüdische Geschichte der Steiermark. Ihre Anfänge hatte



Großes Bild: Brand der Zeremonienhalle am jüdischen Friedhof in Graz 1938. Oben: Jüdische Bürger müssen die Straße „säubern“. Unten: beschmierte jüdische Geschäfte



diese im Josephinischen Zeitalter, als sich nach beinahe 300 Jahren, seit der Ausweisung durch Kaiser Maximilian I. im Jahr 1496, Jüdinnen und Juden ab 1783 zunächst temporär für die Zeit der Jahrmärkte und ab der Mitte des 19. Jahrhunderts wieder längerfristig in Graz niederlassen konnten. 1863 wurde eine erste jüdische Gemeinde und 1869 die Israelitische Kultusgemeinde gegründet.

Im Laufe des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts entwickelte sich ein vielfältiges jüdisches Leben mit Graz als Zentrum. In Graz wurde 1892 eine repräsentative Synagoge mit angrenzendem Amts- und Schulgebäude errichtet und in Leoben und Judenburg gab es ebenfalls eigene Beträume. Innerhalb der Vereine wie auch der Einrichtungen der jüdischen Gemeinde vollzog sich das religiöse und kultu-

relle Leben der Jüdinnen und Juden, die sich trotz eines immer vorhandenen Antisemitismus stets als Steirerinnen und Steirer verstanden. Bei der letzten Volkszählung vor dem „Anschluss“ gaben in der Steiermark 2195 Personen (1720 in Graz) an, jüdisch zu sein.

Auf Basis von vorbereiteten Listen erfolgten nach dem „Anschluss“ Verhaftungen, davon betroffen waren auch Vertreter der Kultusgemeinde, der jüdischen Vereine sowie bekannte Persönlichkeiten, wie Nobelpreisträger Otto Loewi, der Rechtsanwalt Ludwig Biró oder Landesrabbiner David Herzog. Mit diesen gewaltsamen Übergriffen, die von einer breiten Berichterstattung in den Zeitungen begleitet worden waren, wurde allen Menschen in der Steiermark klargemacht, dass es für Jüdinnen und Juden in der Steiermark keine Zukunft ge-

ben kann. Auf den Punkt brachte das der Geschäftsführer des Landesfremdenverkehrsverbandes, Historiker und Autor, Robert Baravalle, in einem Leitartikel in der „Tagespost“ im Juli 1938 mit dem Titel: „Juden hinaus“. Darin schrieb er:

„Die Langmut des deutschen Volkes gegen diese Rasse ist nicht unerschöpflich. Sie könnte sich einmal, wenn die jüdische gemeine Hetze so weitergeht, entladen. Wir hören mit Vergnügen, daß die Juden Wien in Scharen verlassen, und wir werden uns freuen, dies auch vom ganzen Reich zu hören. Aber Ruhe wird es auf der Welt nicht früher geben, ehe der Ruf ‚Juden hinaus!‘ nicht in jedem Land der Erde erschallt.“

Das zentrale Ziel der Nationalsozialisten war die vollständige Vertreibung der Jüdinnen und Juden, alles „Jüdischen“ aus

dem öffentlichen Leben, aus der Gesellschaft. Erste Schritte waren eine Vielzahl von Verboten, die zum einen alltägliche, kulturelle und religiöse Belange (Schächtverbot, Ausschluss aus Kulturveranstaltungen, Bäderverbot, Schulverbot, Ausschluss aus der Universität) und zum anderen die wirtschaftliche Lebensgrundlage (Berufsverbote, Wohnungszug, „Arisierungen“) betrafen. Parallel dazu setzte sogleich die Beraubung ein, an der sich nicht nur die „Arisiere“, sondern viele weitere direkte und indirekte Nutznießer beteiligten: kommissarische Verwalter, Gutachter, Abwickler, Rechtsanwälte, geschäftliche Konkurrenten, Partei und Staat, um nur einige zu nennen.

Die „Arisierung“ selbst begann unmittelbar mit dem „Anschluss“, als von Parteiformationen oder selbst ernannten kommissarischen Verwaltern neben Automobilen, Geschäfte sowie sonstiges Eigentum von Jüdinnen und Juden beschlagnahmt wurde. Bei diesen „wildem Arisierungen“, die als Akt der nationalsozialistischen Selbstermächtigung bezeichnet werden können, übernahm in Graz SA-Truppenführer Richard Ranner als Beauftragter der kommissarischen Verwalter in Absprache mit der Kaufmannschaft Graz und dem Gauwirtschaftsamt die Aufgabe, in den Betrieben kommissarische Verwalter einzusetzen. Dies geschah in der Regel derart, dass Ranner in Begleitung des jeweiligen Kommissars und weiterer Personen das Geschäft aufsuchte, die Inhaber, häufig unter Gewaltandrohung, dazu zwang, die Schlüssel und alle weiteren Wertgegenstände sowie Kassen zu übergeben und sie anschließend des Geschäftes verwies.

Als der weitgehend unkoordinierte Raubzug der ersten Wochen den Nationalsozialisten zu

Fortsetzung auf Seite 28

DER „ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE REPUBLIK

„Der Jud muss
weg, sein Gerstl
bleibt da!“

Fortsetzung von Seite 27

entgleiten drohte und diese über die öffentliche Sicherheit ebenso wie das Wirtschaftsgefüge besorgt waren, wurden die Übergriffe zunächst per Strafandrohung unterbunden, und in einem weiteren Schritt versuchte man den Raub durch Verordnungen in geregelte Bahnen zu lenken.

Eine Angabe des geraubten Eigentums ist aufgrund der gezielten Entwertung und des teils undokumentierten Raubs mit Schwierigkeiten verbunden. Aus einer Aufstellung des Leiters der Vermögensverkehrsstelle Graz aus dem Jahr 1941 kann man jedoch eine zahlenmäßige Größenordnung des Raubes in der Steiermark ablesen. Demnach waren im Bereich Handel und Gewerbe 513 Betriebe von der „Arisierung“ betroffen, wovon rund 80 Prozent liquidiert, sprich die Lagerbestände verwertet wurden. Weiters „arisierte“ man 52 Industriebetriebe, ein Geldinstitut sowie 536 Liegenschaften.

Ein weiterer Verfolgungsschritt zielte auf die Zerstörung der Infrastruktur der jüdischen Gemeinde. Während die jüdischen Vereine mehrheitlich mit März 1938 ihre Tätigkeit einstellen mussten und in weiterer Folge aufgelöst wurden (allein in Graz waren davon 19 Vereine betroffen), konnte die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) mit einer kurzen Unterbrechung über den März hinaus bestehen. Ihr wurden jedoch spätestens ab April seitens der Nationalsozialisten neue Aufgaben zugewiesen;



sie sollte eine tragende Rolle im Vertreibungsprozess spielen. Die Kultusgemeinde mit ihrer ab November 1938 am Entenplatz 9 untergebrachten „Auswanderungs-, Beratungs- und Fürsorgestelle“ sollte sich fortan einerseits um die mittellos gewordenen Mitglieder kümmern und andererseits der Gestapo und dem Sicherheitsdienst (SD) bei der Umsetzung der Beraubungs- und Vertreibungsmaßnahmen zur Hand gehen. So wurde Elias Grünschlager, der nach der Emigration von Präsident Robert

Sonnenwald im September 1938 zum neuen Präsidenten der IKG gewählt wurde, bereits im Juni 1938 zur Gauleitung zitiert und mit der Organisation der Auswanderung der Grazer Jüdinnen und Juden beauftragt.

Dabei wurde von der Gemeindeleitung – neben einer uneingeschränkten Zusammenarbeit mit der Gestapo, dem SD und der seit August 1938 bestehenden Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien – eine administrative wie auch

Die heutige Synagoge
am Grazer Grieskai

JÜRGEN FUCHS





Links: „Stolpersteine“ für 27 ehemalige jüdische Schüler des Grazer Oeversee-gymnasiums. Die alte Grazer Synagoge (Mitte) und der jüdische Friedhof

DANNER (1), PICTUREDESK

finanzielle Hilfestellung erwartet. Dies betraf die Beschaffung von Dokumenten, die Begleichung von „Steuerrückständen“, das Zusammenstellen von Listen, die Organisation von legalen oder auch illegalen „Auswanderungsaktionen“, wie beispielsweise der „Aktion Judenauswanderung aus der Steiermark“ oder der Beteiligung am Lisl-Transport, einem „illegalen“ Flüchtlingstransport von Wien über die Donau nach Palästina im Frühjahr 1939.

Um dem Motto des „Völkischen Beobachters“ vom 14.

April 1938 „Der Jud muss weg – sein Gerstl bleibt da“ nachzukommen, wurde vermehrt Druck seitens der Gestapo ausgeübt. Kriminalisierung und gesellschaftliche Isolation sollten die „Ausreisebereitschaft“ erhöhen.

Als dies den Nationalsozialisten zu schleppend voranging, wurde mit den Ereignissen des Novemberpogroms eine Radikalisierung herbeigeführt. Dem Pogrom fielen in Graz die Synagoge und die Zeremonienhalle am jüdischen Friedhof wie auch

einzelne Geschäfte zum Opfer. Weiters wurden Persönlichkeiten wie David Herzog oder der Möbelhändler Oskar Pichler schwer misshandelt und zudem fast alle Männer (an die 300) verhaftet – in der gesamten Steiermark waren es an die 350 – und zum Großteil am darauffolgenden Tag nach Dachau gebracht. Von dort konnten sie auf Intervention der Leitung der Kultusgemeinde nur noch freikommen, wenn sie zu einer raschen Ausreise aus dem Deutschen Reich bereit waren, was jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war. Denn an eine „legale“ Ausreise war meist der Abschluss der „Arisierung“ sowie die Begleichung aller diskriminierenden Sondersteuern gebunden, womit erneut der Konnex von Vertreibung und Beraubung unterstrichen wird.

Abseits dieser Schwierigkeiten wurde es gegen Ende des Jahres 1938 für die Menschen aber auch aufgrund der geopolitischen Lage immer schwieriger, neben den notwendigen Aus- auch entsprechende Ein- bzw. Durchreisepapiere zu erhalten. All das führte dazu, dass neben der „legalen“ Ausreise zunehmend versucht wurde, „illegal“ außer Landes zu kommen. Eine bedeutende Rolle spielten dabei zionistische Organisationen, die von Wien aus illegale Palästina-Transporte organisierten. Aber auch professionelle Schlepper waren an der Flucht beteiligt, wobei ihre Motive in den seltensten Fällen philanthropischer Natur waren.

Wohin die steirischen Jüdinnen und Juden fliehen konnten, ist bislang nur ansatzweise erforscht worden. Aus einzelnen Unterlagen geht hervor, dass eine große Zahl nach Palästina, England und in die USA emigrieren konnte. Zu den Zufluchtsländern zählten auch Staaten Lateinamerikas ebenso wie die Hafenstadt Schanghai und mehrere europäische Länder. Letztgenannte sollten jedoch für viele mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und dem Vernichtungs- und Eroberungskrieg der Wehrmacht zur Falle werden.

Wohin die steirischen Jüdinnen und Juden fliehen konnten, ist bislang nur ansatzweise erforscht worden. Aus einzelnen Unterlagen geht hervor, dass eine große Zahl nach Palästina, England und in die USA emigrieren konnte. Zu den Zufluchtsländern zählten auch Staaten Lateinamerikas ebenso wie die Hafenstadt Schanghai und mehrere europäische Länder. Letztgenannte sollten jedoch für viele mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und dem Vernichtungs- und Eroberungskrieg der Wehrmacht zur Falle werden.



Der Mann am Rande des Bildes

Der Bauernsohn Michael Skubl,
der als Polizeichef von Wien zum
„verhasstesten Mann bei den
Nazis“ wurde, trat in die Regierung
des Nationalsozialisten
Seyß-Inquart ein – für einen Tag.

Von Christian Zechner

DER
„ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK

Am linken Rand, den Blick von der Kamera und künftigen Betrachtern abgewandt. Am 12. März 1938 stellte sich die neue Regierung von Bundeskanzler Arthur Seyß-Inquart dem Fotografen. Mit dabei waren vier Mitglieder des Kabinetts von Kurt Schuschnigg, der einen Tag zuvor von den Nationalsozialisten zum Rücktritt gezwungen worden war. Seyß-Inquart, Edmund Glaise-Horstenau, Rudolf Neumayer – alle drei waren nach dem Krieg in Haft, Seyß-Inquart wurde hingerichtet, Glaise-Horstenau verübte im Lager Suizid, Neumayer wurde zu lebenslanger Haft verurteilt – und Michael Skubl, der Mann am Rande des Bildes.

Dem Fototermin vorangegangen waren dicht gedrängte Stunden, in denen Bundeskanzler Schuschnigg dem Druck der Nazis wich und dem Bundespräsidenten Wilhelm Miklas seinen Rücktritt erklärte. Miklas verweigerte sich anfänglich dem Wunsch der Nazis nach einem Bundeskanzler Seyß-Inquart und fragte unter anderen Skubl, Leiter der Bundespolizeidirektion Wien und Staatssekretär für Sicherheit, ob er die Kanzlerschaft übernehme. Er lehnte ab. Seine Bestellung würde „in den Augen Hitlers eine Kriegserklärung bedeuten“, sagte Skubl

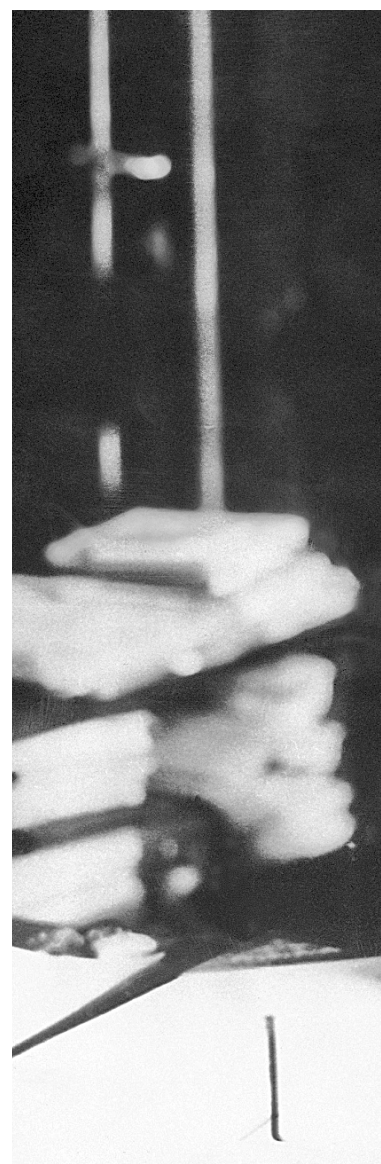
nach dem Krieg im Prozess gegen Seyß-Inquart. Er stehe „an der Spitze der Abwehrfront für die nationalsozialistische Aggression und infolgedessen auch in persönlicher Gegnerschaft zu Hitler. Hätte ich also die Kanzlerschaft übernommen, so wäre Hitler ein willkommener Anlass geboten worden, seine Truppen einmarschieren zu lassen.“

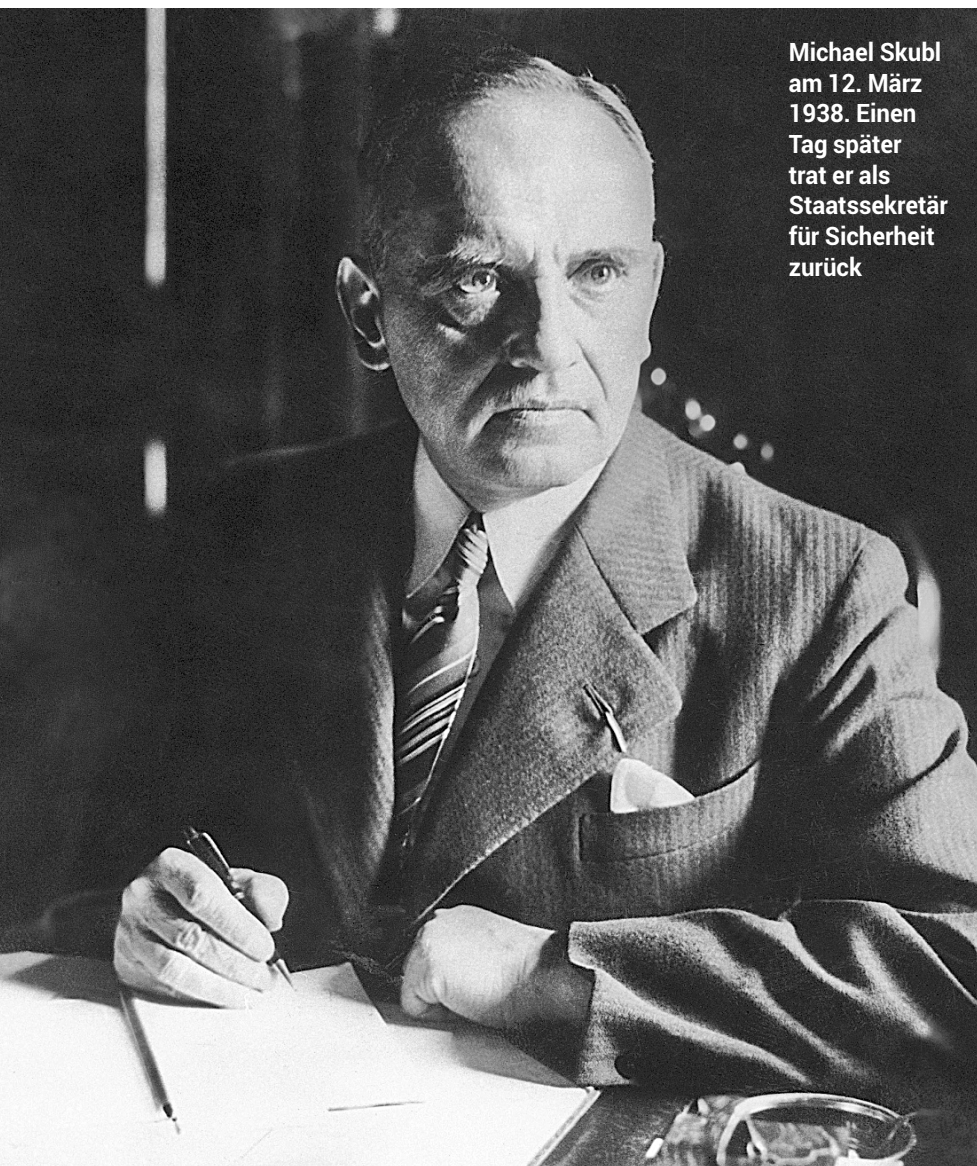
Trotz dieser Einschätzung war Skubl bereit, auch unter Seyß-Inquart Staatssekretär zu werden. Einen möglichen Grund dafür nennt Johannes Sachslehner in der Schilderung des Anschlusses in „Zwei Millionen ham' ma erledigt“, seiner Biografie des Kriegsverbrechers Odilo Globocnik: „Seyß-Inquart hat noch immer die Illusion, dass ein Einmarsch der Deutschen verhindert werden könne, und will mit Berlin verhandeln.“

Seyß-Inquart schätzte Skubls „fachmännische Persönlichkeit“ und setzte ihn – gegen den Widerstand der Nazis – auf die Liste der Regierungsmitglieder, die Miklas am 11. März spät am Abend unterzeichnete. Am Morgen des 13. März bat Skubl bereits um seinen Rücktritt und das Ausscheiden aus dem Polizeidienst. Seyß-Inquart versuchte, es ihm auszureden, er

versicherte Skubl, dass er nicht geneigt sei, sich seine „Männer wegnehmen zu lassen“. Trotzdem akzeptierte er den Rücktritt und rettete ihn damit, wie Sebastian Rivo in „Dr. Michael Skubl – Ein polizeihistorischer Streifzug zwischen Monarchie, Ständestaat und Nationalsozialismus“ schildert, vermutlich vor einem Hochverratsprozess nach dem Krieg, da er nicht am Ministerrat am 13. März teilnahm.

Skubls Wunsch zurückzutreten hatte eine Vorgeschichte: In der Nacht vom 11. auf 12. März holte er den Reichsführer SS Heinrich Himmler, der von Berlin anreiste, vom Flugplatz ab. In dessen Gefolge war auch ein im Juli 1934 aus Österreich geflohener Nazi, der nun,





Michael Skubl
am 12. März
1938. Einen
Tag später
trat er als
Staatssekretär
für Sicherheit
zurück



Oben: Skubl
(links außen)
am 12. März
1938, der
treue Diener
Schuschniggs
in der Regie-
rung des Nazis
Seyß-Inquart.

Links: Skubls
Grab am Wie-
ner Zentral-
friedhof, der
Grabstein ist
umgestürzt.
Hier liegt auch
Skubls Frau
Ida begraben

BRUDER, APA PICTUREDESK

so Skubl später, „unter dem Schutz Himmlers zurückkam. Das war für mich eine derartige Unmöglichkeit, dass der Entschluss in mir feststand, hier nicht mitzutun.“ Einen weiteren Grund nannte Seyß-Inquart in seinem Prozess in Nürnberg: „Ich nehme an, dass Himmler ihm den voraussichtlichen Ablauf der Dinge angedeutet habe (...) sowie die Folgen, die er als der verhassteste Mann bei den Nazis zu erwarten habe.“

Die Folgen blieben, da sich Seyß-Inquart gegenüber Himmler für Skubl einsetzte, geringer als befürchtet: Er wurde aber noch am 13. März unter Hausarrest gestellt und am 24. Mai nach Kassel deportiert und in einem Hotel interniert. Nach Öster-

reich kehrte er erst 1946 zurück. Er lebte bis zu seinem Tod 1964 in Wien.

Wie wurde aus Michael Skubl, dem 1877 in Bleiburg geborenen Bauernsohn, ein Mann, der als Polizist beim Justizpalastbrand, dem Juli-Putsch und der Ermordung von Kanzler Engelbert Dollfuß in vorderster Linie im Einsatz stand, der die Ermittlungen nach Dollfuß' Tod mitverantwortete und vom 20. März 1937 bis zum 13. März 1938 Regierungsmitglied war? Nach dem frühen Tod des Vaters sollte

„Der Prototyp eines altösterreichischen Staatsbeamten. Pflichteifrig und klug hielt er die staatliche Ordnung bis zum Ende aufrecht.

Gustav Steinbauer

Skubl Priester werden, begann jedoch nach seinem Armeedienst ein Studium der Rechtswissenschaft, das ihn nach Wien führte. Er pflegte, schreibt Rivo, „eifrige soziale Kontakte zu seinen Kommilitonen und wurde von deutschnationalen Ideen beeinflusst“. 1905 promovierte er zum Juristen und startete seine Karriere bei der

Polizei.

Unter Dollfuß und Schuschnigg ging er gleichermaßen hart gegen illegale Sozialdemokraten und Nazis vor. In seiner Personalakte des Gaupersonal-

Amtes von 1942 wird er dann auch als „Scherge des österreichischen Systems“ bezeichnet. Er sei „der Mann, der alle Aufträge der Systemregierung restlos“ durchgeführt habe.

Gustav Steinbauer, Anwalt Seyß-Inquarts in Nürnberg, beschrieb Skubl als „Prototyp des altösterreichischen Staatsbeamten“, als „pflichteifrig und klug“. Seine Burschenschaft, die noch heute aktive „Akademische Landsmannschaft Kärnten“, definiert sich so: „Wir sind ein heimatverbundener, volkstreuer Lebensbund, der die Eigenstaatlichkeit Österreichs anerkennt.“

Für Skubl hieß das: bis zum letzten Moment dieser Eigenstaatlichkeit.

Des Reiches Südmark

In Kärnten und der Steiermark ging die NS-Machtübernahme besonders rasch über die Bühne, hatte aber dramatische Auswirkungen.

Von Stefan Karner

DER
„ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE
REPUBLIK

In Kärnten und der Steiermark war die Südgrenze Teil der nationalen Identität, lange vor der NS-Zeit. Grenzer brauchte man nicht mehr zu werden, Grenzer war man bereits. Zur nationalen kam nun aber noch die rassische Komponente dazu: das ideologisch verbrämte Überlegenheitsgefühl gegenüber den Slowenen im Lande. Die „Südmark“, in der die Länder von Osttirol bis ins südliche Burgenland organisatorisch zusammengefasst wurden, sollten Aushängeschilder „deutscher (nationalsozialistischer) Gesinnung, Kultur und Wirtschaft“ an der Südostecke des Reiches sein. Was wirtschaftlich dazu fehlte, sollte rasch aufgeholt werden. Mit Förderungen, Aufträgen, Krediten, in Gleichschaltung und Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen. Fast jeder zehnte Kärntner und Steirer war NSDAP-Mitglied, jeder dritte davon war bereits vor 1938 Illegaler – ein Spitzenwert in Österreich.

Die angesprochene Grenzlage war nur ein Grund. Ebenso stark wogen der nationale Gegensatz im Land seit dem 19. Jahrhundert, die Gebietsverluste 1918, die starke Rolle des Landbundes in Kärnten, von Heimwehren und Heimat-schutz in der Steiermark, die Nazifizierung in den großen Alpine-Betrieben, die extrem

hohe Arbeitslosigkeit, die Verarmung besonders am Land, das Fehlen von Zukunftsperspektiven für die Jugend und der technologische Rückstand. Die nationale und die soziale Frage waren auch in der „Südmark“ die zwei wesentlichen Gründe für die anfängliche „Anschluss“-Begeisterung.

Die NSDAP rekrutierte ihre Mitglieder vor 1938 vor allem aus dem mittelständischen und großbäuerlichen Bereich. In der Steiermark war die NSDAP organisatorisch schwächer als in Kärnten. In Graz kam sie auf kaum drei Prozent der Stimmen, während sie in Klagenfurt rund 30 Prozent hatte. Ihre Hotspots waren bei den Wahlen 1932/33 lediglich Murau, Gröbming und Liezen.

Die NS-Machtübernahme am 11./12. März 1938 war in Kärnten und der Steiermark sehr rasch vor sich gegangen. Kärnten meldete am 11. März als erstes Bundesland die NS-Machtübernahme an den Landesbeamten Wladimir Pawlowski als kommissarischem Landeshauptmann. In Villach wehte schon am späteren Nachmittag eine NS-Fahne vom Polizeikommissariat. In Klagenfurt und in den größeren Städten des Landes demonstrierten Lehrer und Schüler gemeinsam für den „Anschluss“. Am Abend, noch vor Schusch-



Suppenküche in Klagenfurt (oben). Unten: das beflaggte Villach



niggs-Abschiedsrede im Radio, hatte die SS in Klagenfurt praktisch die Polizei übernommen.

Einen organisierten Widerstand gab es nicht. Bekannte NS-Gegner, vor allem Repräsentanten des Ständestaates, wurden sofort verhaftet und die ersten Transporte nach Dachau zusammengestellt. Dies alles geschah weitgehend unbemerkt. Denn die Propaganda für die Volksabstimmung am 10. April 1938 sollte nicht gestört werden. Nicht wenige NS-Gegner, wie selbst Nobelpreisträger Otto Loewi oder einige Slowenen-Vertre-



Foto aus dem
Jahr 1934:
nach den
Skimeister-
schaften
in Mallnitz

PICTUREDESK (3)

ter in Kärnten, hatten kurzzeitig sogar die Illusion, ein Arrangement mit dem NS-Regime finden zu können. Von den Bischöfen über Karl Renner bis zu Dichtern wie Hans Klopfer oder Josef Friedrich Perkonig wurde für das Ja zum bereits vollzogenen „Anschluss“ geworben.

Unter großem Druck und in der Hoffnung, das Schlimmste abwehren zu können, empfahlen auch Kärntner Slowenen ein Ja, machten bekannte Priester wie Johannes Ude mit ebenso wie Mitglieder von CV-Verbindungen oder Freimaurer-Logen. Propagiert wurden Gratisessen, Neueinstellungen von Arbeitslosen, Lohnerhöhungen und Absatzförderungen für Bauern. Das Abstimmungsergebnis lag über dem österreichischen Durchschnitt. Die schnelle Beseitigung der Arbeitslosigkeit gelang bis 1939 durch die Einberufungen zu Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst, durch Rüstungsaufträge, Investitionen in Infrastruktur und Land-

wirtschaft sowie mit dem Abzug von rund 25.000 Facharbeitern nach Deutschland.

Sehr bald zeigte sich die kirchenfeindliche Haltung des Regimes – auch im Alltag. Bis Ende 1938 waren schon Dutzende Priester verhaftet, der mutige Kaplan Hans Pfeiler aus dem steirischen Schöffern war im Bezirksgefängnis von Nazis nächstens erschlagen worden. Teile der Priesterschaft opponierten subtil, andere öffentlich gegen die Abschaffung des Schulgebotes. In Oberzeiring marschierten bekannte Nazis bei der Fronleichnamsprozession mit, in Kärnten protestierte die Kirche gegen die Entfernung von Kreuzen aus Betrieben, Schulen und Krankenhäusern.

1941 wurden die Untersteiermark und Oberkrain angegliedert. Die Gauleiter Sigfried Uiberreither und Friedrich Rainer führten eine scharfe Eindeutschung des slowenischen Gebietes („Dieses Land ist wieder deutsch zu machen!“). Neben den rund 3000 Juden, vor allem

in Graz und Klagenfurt, waren die Slowenen das Hauptziel der Rassenpolitik des Regimes. Die Aussiedlung Zehntausender in der Untersteiermark und die Zwangsansiedlung von Gottscheern auf ihren verlassenen Höfen, die Slowenen-Aussiedlungen in Kärnten und die Ansiedlung von Kanaltaler Bauern, Geislerschießungen und Morde waren vielfach die Motivation für die starke Partisanen- und Widerstandstätigkeit, zunächst in Südkärnten, bald auch auf Kor- und Saualpe und in der Obersteiermark.

Die „Südmark“ sollte ein Schaufenster zum Balkan sein. Sofort erhielten Industrie und Gewerbe Wehrmachtsaufträge. 126 Firmen wurden zu Rüstungsbetrieben erklärt, mehr als 300 waren Wehrmachtslieferanten. 1944 beschäftigte die steirische und Kärntner Rüstung und Zulieferung etwa 140.000 Menschen, davon rund ein Viertel Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Die Bedeutung der „Südmark“-Industrie für die

Rüstung des Reiches stieg an, weil die deutschen Betriebe bereits schwer zerbombt waren.

Auch der Landwirtschaft kam große Bedeutung zu: als Lebensmittel- und Energieproduzent. Unter dem Slogan „Nahrung ist Waffe“ und der „Blut- und Bodenideologie“ wurden das Reichserbhofgesetz ein- und die Umschuldung der Bauern von 34.000 Landwirtschaften durchgeführt. Zwar konnte damit die Landflucht nicht gestoppt werden, doch blieb die Lebensmittelversorgung bis Kriegsende – vor allem durch den Einsatz von rund 300.000 Zwangsarbeitern in der gesamten „Südmark“ – auf einem minimalen Stand erhalten.

In beiden Ländern wurde die NS-Ideologie stark mit der Volkskultur verbunden. In der Steiermark behielt der „graue Rock“ des Erzherzogs Johann seine Funktion, sollte nun aber auch Ausdruck von NS-Gesinnung sein. In Kärnten wurde besonders das „Kärntner Lied“ gepflegt. Die Lehrer wurden „Kulturpfleger“ und Germanisierer.

DER „ANSCHLUSS“



1918
1938
2018

100 JAHRE REPUBLIK

**Design und
Produktion:**
Matthias
Kirbisser

Mexiko war das einzige Land der Welt, das 1938 beim Völkerbund, dem „Vorgänger“ der UNO, schriftlichen Protest gegen den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland einbrachte. Doch der Völkerbund blieb untätig. Die britische und die französische Regierung drückten am 11. März „a protest in the strongest terms“ bzw. „la protestation la plus énergique“ gegenüber dem deutschen Außenminister aus. Am Tag darauf folgte eine Protestnote, ebenso durch die französische Regierung. Doch die Proteste waren halbherzig – in London und Paris hatte man insgeheim akzeptiert, dass Österreicher eigentlich Deutsche seien und der „Anschluss“ als ein Akt der Vollziehung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gesehen werden kann. Die „Times“ schrieb, auch Schottland hätte sich vor 200 Jahren England angeschlossen. Die neutralen Vereinigten Staaten von Amerika verfolgten noch eine isolationistische Politik, erkannten den „Anschluss“ zwar de jure nicht an, de facto aber schon.

Am entschiedensten trat noch die Sowjetunion auf. Sie heftete sich stets auf ihre Fahnen, entschieden gegen den „Anschluss“ Österreichs eingetreten zu sein. Ein Blick hinter die Kulissen offenbart, dass es beim sowjetischen Protest nur bedingt um das Schicksal Österreich ging bzw. angesichts der neuen geopolitischen Realitäten in Mitteleuropa gehen konnte. In Moskau hatte man die Sprengkraft des Einmarsches der deutschen Wehrmacht in Österreich rasch erkannt. Der sowjetische Außenkommissar Maksim Litvinov bezeichnete den „Anschluss“ gegenüber dem Politbüro als „größtes Ereignis nach dem Weltkrieg, voll von größ-

ten Gefahren“. Am 17. März nahm er vor der sowjetischen Presse öffentlich Stellung und bezeichnete den „Anschluss“ als Gewaltakt und als Gefahr für die europäischen Staaten.

Litvinovs Rede wurde einen Tag später in einer Note Großbritannien, Frankreich, der Tschechoslowakei und den USA mit dem Vorschlag zur Abhaltung einer gemeinsamen Konferenz übermittelt. Der Aufruf blieb ohne Resonanz. „Diese Rede Litvinovs“, schreiben die beiden Mitglieder der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Julia Köstenberger und Verena Moritz, galt in der Sowjetunion „als offizieller Protest der UdSSR gegen den „Anschluss““. So entstand der Mythos, die UdSSR sei die einzige Großmacht gewesen, die sich 1938 vehement für die Unabhängigkeit Österreichs eingesetzt habe. Tatsächlich protestierte die Sowjetunion aber weder offiziell bei der deutschen Regierung gegen den „Anschluss“ noch bekundete sie die Nichtanerkennung der „Wiedervereinigung“ Österreichs mit dem Deutschen

Halbherziger Protest gegen den „Anschluss“

Nur Mexiko hat beim Völkerbund Protest gegen den „Anschluss“ Österreichs eingebracht. Die Reaktionen der anderen Länder, vor allem jene Russlands, waren taktisch motiviert.

Von Peter Ruggenthaler

Reich“, wie der deutsche Gesetzestext zum „Anschluss“ im Wortlaut lautete. So wertete die deutsche Diplomatie schließlich die mündliche Ankündigung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin, dass die Gesandtschaft in Wien geschlossen werde, als „bedingungslose Anerkennung“ des „Anschlusses“.

Moskaus Weg, mit der neuen Situation umzugehen, war jedoch weitaus diffiziler. Sie verdeutlicht gleichzeitig den Platz, den die Sowjetunion im Konzert der Mächte 1938 einnahm. Denn ein halbes Jahr nach dem „Anschluss“ brachte Litvinov das Thema erneut vor den Völkerbund. Er kritisierte „das Verschwinden Österreichs“ und rechnete scharf mit der Appeasementpolitik der Westmächte ab. Indirekt suggerierte er, die UdSSR wäre bereit, an einem kollektiven Widerstand gegen den Aggressor teilzunehmen. 1938 wurde Stalins Sowjetunion als neue europäische Großmacht völlig ignoriert. Ohne sowjetische Beteiligung regelten Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland am 29./30. September 1938 im Münchner

Abkommen die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei an Hitler. Aber konnte man entscheidene Schritte von Moskau überhaupt erwarten? Deutschland und die Sowjetunion arbeiteten seit dem Rapallo-Vertrag von 1922 wirtschaftlich eng zusammen. 1939 sollte Stalin mit Hitler einen Pakt beschließen.

Nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 war Österreich für den sowjetischen Diktator freilich kein Thema mehr. Schweigen war das Gebot der Stunde. Die österreichischen Kommunisten wurden beruhigt, die NS-Politik sei eben imperialistisch. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 wurde Stalin aber zu einem Fürsprecher der Wiederherstellung Österreichs. Nun bezeichnete er den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich als einen weiteren Schritt im „Sammeln deutscher Länder“. Österreich als Nation gab es für Stalin allerdings nicht, für ihn war Österreich „hauptsächlich von Deutschen besiedelt“. Daher passte für Stalin der „Anschluss“ in „das Bild des deutschen Nationalismus“. Stalin setzte fortan bewusst auf Abgrenzung der Österreicher von den Deutschen, vor allem aus einem Grund: Deutschland sollte, wenn es besiegt sein würde, nie wieder eine Gefahr für die Sowjetunion werden. Stalin war sich bewusst, dass Deutschland nicht zerstört werden könnte. Mittel dazu waren die Zerstückelung Deutschlands und die ständige Abtrennung von Österreich.

Knapp eine Woche nach dem „Anschluss“ Österreichs richtete Mexiko am 19. März 1938 als einziges Land der Welt eine

Protestnote an den Völkerbund. Der Protest war „ein antifaschistisches Abziehbild von Mexikos prinzipientreuer Außenpolitik“, schreibt Mexiko-Experte Stefan A. Müller. Die Annexion Österreichs wurde für illegal erklärt und als schweres Attentat auf das Völ-

kerrecht bezeichnet. Zudem war Mexiko ein konsequenter Kämpfer für Demokratie und gegen Diktatur. Mit Sorge verfolgte Mexiko den spanischen Bürgerkrieg und fürchtete Folgen für die mexikanische Demokratie und Unabhängigkeit. In Österreich hatte Mexiko

heimlich gewaltige Munitionsbestellungen getätigt, um die spanische Republik zu unterstützen. Mit dem „Anschluss“ fiel diese Hilfe weg. Auch andere Faktoren spielten eine Rolle: Mexiko hatte die ausländische Erdölindustrie verstaatlicht und fürchtete Konsequenzen durch die USA. Großbritannien und Frankreich richteten bilaterale Proteste an die deutsche Regierung. Im Gegensatz zu den USA und Frankreich anerkannte London später aber auch de jure den „Anschluss“ – womit sich Großbritannien offiziell mit Österreich in Krieg befand – im Gegensatz zu den anderen Großmächten, die Österreich als zu befreiendes Land betrachteten.

Der italienische Diktator Mussolini, der noch 1934 nach dem Putschversuch der Nationalsozialisten in Wien als Drohgebärden Truppen am Brenner aufmarschieren ließ, war inzwischen mit Hitler verbündet. Ungarns Horthy verkündete: „Ein alter Freund von uns vereinigte sich mit einem anderen guten Freund und treuen Waffenbruder von uns.“ In Belgrad

hatte man die Rückkehr der Habsburger mehr befürchtet als NS-Deutschland. Jugoslawien akzeptierte den „Anschluss“ und bemühte sich zunächst, neutral zu bleiben. Am besorgtesten war man in Prag. Der deutschen Zusicherung, dass der Tschechoslowakei keine Gefahr drohte, traute man nicht. Zu Recht.



Der
sowjetische
Außen-
kommissar
Litvinov
PICTUREDESK

Gott schütze Österreich!

Rücktrittsrede des österreichischen Bundeskanzlers
Kurt Schuschnigg, 11. März 1938:

Österreicher und Österreicherinnen!

Der heutige Tag hat uns vor eine schwere und entscheidende Situation gestellt. Ich bin beauftragt, dem österreichischen Volke über die Ereignisse des Tages zu berichten:

Die deutsche Reichsregierung hat dem Herrn Bundespräsidenten ein befristetes Ultimatum gestellt, nach dem der Herr Bundespräsident einen ihm vorgeschlagenen Kandidaten zum Bundeskanzler zu ernennen und die Regierung nach den Vorschlägen der deutschen Reichsregierung zu bestellen hätte, widrigenfalls der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich für diese Stunde in Aussicht genommen wurde.

Ich stelle fest vor der Welt, dass die Nachrichten, die in Österreich verbreitet wurden, dass Arbeiterunruhen gewesen seien, dass Ströme von Blut geflossen seien, dass die Regierung nicht Herrin der Lage wäre und aus eigenem nicht hätte Ordnung machen können, von A bis Z erfunden sind.

Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volke mitzuteilen, dass wir der Gewalt weichen. Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in diesen ernsten Stunden nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, dass der Einmarsch durchgeführt wird, ohne Widerstand sich zurückzuziehen und die Entscheidung der nächsten Stunden abzuwarten.

Der Herr Bundespräsident hat den General der Infanterie, Schilhawsky, Generaltruppeninspektor, mit der Führung der Wehrmacht betraut. Durch ihn werden die weiteren Weisungen für die Wehrmacht ergehen.

So verabschiede ich mich in dieser Stunde von dem österreichischen Volk mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch:

Gott schütze Österreich!



APA-PICTUREDESK